

Ein Dossier vom Evangelischen Entwicklungsdienst, Misereor und „Brot für die Welt“ in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

# Gemeinsam an der Seite der Armen

Die Entwicklungszusammenarbeit der Kirchen

**MISEREOR**  
IHR HILFSWERK

**eed**  
Evangelischer  
Entwicklungsdienst

**Brot**  
für die Welt

Nomadenmädchen in Äthiopien auf dem Weg zur Schule. Kirchliche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die Afar-Nomaden in vielfältiger Weise.

Foto: Christof Krackhardt / Brot für die Welt



## Editorial



**Dr. Rudolf Ficker**  
ist Vorstand des Evangelischen  
Entwicklungsdienstes.



**Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel**  
ist Direktorin von „Brot für die Welt“.



**Prälat Prof. Dr. Josef Sayer**  
ist Hauptgeschäftsführer von Misereor.

Liebe Leserinnen und Leser,

anlässlich des 2. Ökumenischen Kirchentages stellen wir mit diesem Dossier ein Aufgabenfeld kirchlicher Weltverantwortung vor, in dem die Kirchen schon seit mehr als fünf Jahrzehnten erfolgreich und in enger Verbundenheit zusammenarbeiten: das gemeinsame Engagement für Frieden, Menschenrechte und Gerechtigkeit in der globalen Welt.

Unter dem Motto „Damit Ihr Hoffnung habt“ suchen katholische und evangelische Christinnen und Christen zusammen mit Gästen aus allen Kontinenten beim Ökumenischen Kirchentag in München nach dem, „was uns über alle Konfessionsgrenzen hinweg in sozialen, kulturellen und politischen Fragen verbindet“ – so die Ankündigung des gemeinsamen Kirchentagspräsidiums. Viele Brücken wurden in den vergangenen Jahren zwischen den Konfessionen gebaut und besritten. Gleichwohl sind auf dem Weg der interkonfessionellen Ökumene noch manche Stolpersteine auszuräumen. Ungeachtet der Differenzen, die in zentralen theologischen Fragen fortbestehen, legen die Kirchen mit ihrem Eintreten für Gerechtigkeit und die Rechte der Armen längst ein klares gemeinsames Zeugnis christlicher Weltverantwortung ab.

In der entwicklungsbezogenen Zusammenarbeit der Kirchen und ihrer Werke ist die evangelisch-katholische Ökumene bereits Wirklichkeit. Die großen Fragen der internationalen Gerechtigkeit und der Entwicklung werden von beiden Kirchen ähnlich beurteilt. Die Option für die Armen ist Kern der biblischen Botschaft.

Besuchen Sie uns auf dem Ökumenischen Kirchentag, zum Beispiel an unseren Ständen auf der Agora oder bei den zahlreichen gemeinsam vorbereiteten Podien und Veranstaltungen. Wir laden Sie auch herzlich ein zu dem ökumenischen Gottesdienst mit Gästen aus aller Welt, den die evangelischen und katholischen Entwicklungs- und Missionswerke am 14. Mai in der Kirche St. Michael gestalten.

**Rudolf Ficker**  
**Cornelia Füllkrug-Weitzel**  
**Josef Sayer**

## Inhalt

- 3 Das weite Feld kirchlicher Entwicklungsarbeit: eine Landschaft im Wandel  
Anja Ruf
  
- 6 „Unsere Partner sind bis ins letzte Dorf vertreten“  
Gespräch mit Claudia Warning, Josef Sayer und Cornelia Füllkrug-Weitzel
  
- 11 Die Frauen aus Pujilí  
Projektreportage von Felix Ehring
  
- 14 Die Wurzeln in der Kirche brauchen Pflege  
Fritz Erich Anhelm
  
- 18 „Partnerschaft beruht auf einem gemeinsamen Grundverständnis“  
Gespräch mit Sushant Agrawal, CASA (Indien)
  
- 21 Die Verhandlungsmacht der Armen stärken: Anwaltschaftsarbeit am Beispiel Rohstoffe  
Norbert Glaser



# Das weite Feld kirchlicher Entwicklungsarbeit

Eine Landschaft im Wandel

Foto: Thomas Lohnes / Brot für die Welt



| Anja Ruf

Jeder kennt sie, die Plakate, mit denen die kirchlichen Hilfswerke werben. Doch sie sind nur der sichtbarste Teil einer vielfältigen Landschaft kirchlicher Entwicklungsarbeit. Beide Kirchen verstehen diese Arbeit als Teil ihres Auftrags, als Wahrnehmung ihrer Weltverantwortung und als Teilhabe an der *Missio Dei*. Entstanden ist über die Jahre ein Geflecht von Institutionen, die sich für die Bekämpfung der Armut und für weltweite Gerechtigkeit einsetzen.

Ein Blick in die Geschichte hilft, die Landschaft kirchlicher Entwicklungsarbeit und deren Veränderungen zu verstehen. Würden auf einer Zeitachse die wichtigsten Daten mit Fähnchen markiert, ergäbe sich bei bestimmten Abschnitten eine Häufung. So zum Beispiel Ende der 1950er Jahre. Das Nachkriegsdeutschland ist damals mitten im wirtschaftlichen Aufschwung. In anderen Teilen der Welt dagegen hungern die Menschen. Viele Deutsche verspüren den Wunsch zu helfen – auch in Dankbarkeit für die Hilfe, die sie selbst nach dem Krieg erfahren haben. Und sie wünschen sich, wieder in die Völkergemeinschaft aufgenommen zu werden. Solidarität mit den Armen zu zeigen ist ein Weg dorthin.

**Handschlag auf eine fruchtbare Zusammenarbeit: Ein Bauer in Honduras, der auf einem Steilhang seiner Finca Bohnen sät, begrüßt einen Vertreter von COSECHA, einer Partnerorganisation von „Brot für die Welt“.**

1957/58 finden zahlreiche Aktionen verschiedener christlicher Gruppen statt. Beispielsweise sammelt Pax Christi für „eine Mahlzeit für die Hungernden“, die katholische Jugend ruft zu einem „Feldzug gegen den Hunger in der Welt“ auf. Im August 1958 versammeln sich deutsche Bischöfe in Fulda. Josef Kardinal Frings hält eine historische Rede: Er möchte größere, über die bisherigen Einzelaktionen hinausgehende Hilfeleistungen verwirklicht sehen. Die deutsche Bischofskonferenz ruft *Misereor* ins Leben.

Josef Kardinal Frings gibt 1958 wichtige Anstöße für die Gründung von Misereor. 1959 findet unter diesem Namen die erste Fastenaktion statt, später wird daraus das gleichnamige Hilfswerk.

Zunächst ist das jedoch noch kein Hilfswerk, sondern eine Aktion: „Misereor super turbam“, wörtlich übersetzt: „Mich erbarmt des Volkes“, lautet das Motto der ersten Fastenaktion 1959. Sie ist so erfolgreich, dass die Bischofskonferenz beschließt, sie weiterzuführen. Auch die evangelischen Landes- und Freikirchen in Deutschland rufen am 1. Advent 1959 zum ersten Mal unter dem Motto „Brot für die Welt“ zu Spenden für Arme und Bedürftige in den Ländern des Südens auf. Auch hier gab es Vorläufer, zum Beispiel den „Aufruf für die Hungernden“, mit dem sich Lothar Kreyssig, der Präses der Synode der evangelischen Kirchenprovinz Sachsen, 1957 an die Öffentlichkeit gewandt hatte. Beiden Kirchen geht es in jenen Jahren darum, christliche Nächstenliebe partnerschaftlich und unabhängig von wirtschaftlichen und politischen Eigeninteressen, die die zeitgleich entstehende staatliche Entwicklungspolitik prägen, in die Welt zu tragen.

Das Jahr 1960 verdiente ebenfalls ein Fähnchen. Denn in diesem Jahr regt Kanzler Konrad Adenauer an, den Kirchen staatliche Entwicklungshilfemittel zur Verfügung zu stellen. In Verhandlungen einigt man sich auf Prinzipien für die Kooperation von Kirchen und Staat. Dazu gehört, dass mit der Vergabe der Mittel keine politischen Auflagen verbunden sein dürfen. Für die Verwendung des Geldes gründen die Kirchen eigene Einrichtungen, die Zentralstellen für Entwicklungshilfe. Während die Katholische Zentralstelle von Anfang an mit Misereor verbunden ist, wird die Evangelische Zentralstelle unabhängig von der Spendenaktion „Brot für die Welt“ in Bonn eingerichtet.

### | Christliche Weltverantwortung

Ende der 1960er Jahre flattern die Fahnen auf den Straßen. In den Industrieländern protestieren Studenten gegen Vietnamkrieg und Notstandsgesetze, in den Ländern der Dritten Welt kämpfen Befreiungsbewegungen für nationale Unabhängigkeit. Vor diesem Hintergrund wird Weltverantwortung für die Kirchen zu einem Eckpunkt ihres Handelns.

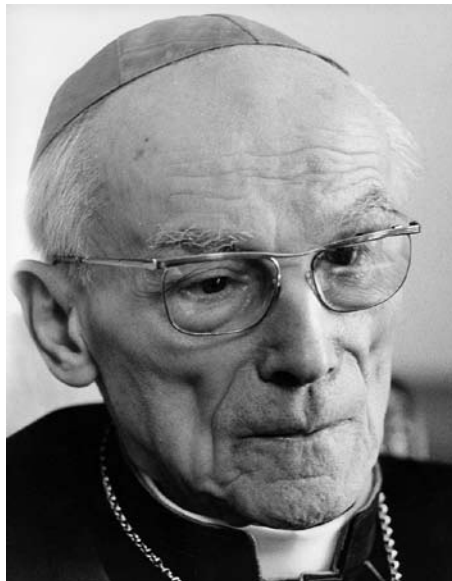


Foto: Misereor

1967 wird das Bischöfliche Hilfswerk Misereor in den Stand einer Dauereinrichtung erhoben. Im Februar 1961 schon hatte die Synode der EKD beschlossen, die Aktion „Brot für die Welt“ als jährliches Weihnachtssopfer zu institutionalisieren, angesiedelt unter dem Dach des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Doch nach dem Willen vieler Protestanten soll noch mehr getan werden. 1968 bittet die EKD-Synode in Berlin-Spandau die Gliedkirchen, „dahin zu wirken, dass in wesentlich verstärktem Maße als bisher in die Haushalte unserer Kirchengemeinden und Landeskirchen, ihrer Werke und Einrichtungen Mittel für Aufgaben eingesetzt werden, die der Überwindung der Armut, des Hungers und der Not in der Welt und ihrer Ursachen dienen. (...) Hierfür sollten zunächst 2 Prozent aller kirchlichen Haushaltsmittel bereitgestellt werden.“

Diese Mittel werden von den Landeskirchen nun jährlich an den Kirchlichen Entwicklungsdienst (KED), gegründet 1969 auf Beschluss des Rates der EKD, überwiesen.

KED ist eigentlich ein Finanzierungsmechanismus: Das Geld kommt der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe, „Brot für die Welt“, der 1960 gegründeten Fachkräfteorganisation Dienste in Übersee sowie der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Deutschland zugute. 1970 bildet sich die Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst. Dieses gemeinsame Dach erweist sich jedoch als nicht tragfähig genug, deshalb werden im Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) mehrere bisher selbständige Werke zusammengefasst. Der EED nimmt am 1. Januar 2000 seine Arbeit auf.

Kirchliche Haushaltsmittel erhalten auch Misereor und die übrigen katholischen Werke. Auch hierfür ist 1968 ein entscheidendes Jahr. Das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) hatte die Orts Bischöfe zu intensiver Zusammenarbeit auf der Ebene der nationalen Bischofskonferenzen aufgerufen. Als Werkzeug dieser kollegialen Verantwortung gründen die deutschen Bischöfe 1968 den Verband der Diözesen Deutschlands. Das Hauptmotiv dabei ist die Unterstützung der weltkirchlichen und missionarischen Tätigkeit: Das Zweite Vatikanische Konzil hatte dem Bischofskollegium Verantwortung für die universale Mission zuerkannt. Im Bewusstsein dieser weltkirchlichen Verantwortung beauftragen die deutschen Bischöfe den Verband der Diözesen Deutschlands (VDD) als Instrument der überdiözesanen Zusammenarbeit, seinen Haushalt auf dieses Ziel hin auszurichten. Über ihn fließen nun als Verbandsumlage Kirchensteuermittel an die katholischen Werke. Im Rahmen der Würzburger Synode, die in mehreren Sitzungsperioden 1971 bis 1975 stattfindet, gehen die deutschen Bischöfe die Selbstverpflichtung ein, dass eine Kürzung der für die Weltkirche zur Verfügung gestellten Mittel nur eintreten darf, „wenn die Lebensfähigkeit der eigenen Kirche ernsthaft bedroht ist“. Die Partnerkirchen im Süden verlassen sich seitdem auf diese nachhaltige Unterstützung aus Kirchensteuermitteln.

### | Das weite Feld kirchlicher Institutionen und Initiativen

So vielfältig die Ausdrucksformen der Armut und Ungerechtigkeit sind, so vielfältig sind die Projekte kirchlicher Entwicklungsarbeit: Frauensparvereine in Indien, Bauern im Sahel, Menschenrechtsanwälte in Kolumbien oder Aidswaisen in Südafrika werden unterstützt. Zu den Aufgaben der großen Entwicklungs- und Hilfswerke – Misereor, EED und „Brot für die Welt“ – gehören Programm- und Projektförderung, Öffentlichkeits-, Bildungs-, Stipendien-, Menschenrechts- und Lobbyarbeit. Daneben gibt es Werke mit speziellen Mandaten: Das katholische Werk Renovabis konzentriert sich auf Mittel- und Osteuropa, das Missionsärztliche Institut Würzburg ist



Ebenfalls 1959 ruft „Brot für die Welt“ zu seiner ersten Spendenaktion auf. Zum Einsatz kommt die Spendendose mit der „Hungerhand“.



Foto: Brot für die Welt

eine Fachstelle für internationale Gesundheit. Auf evangelischer Seite unterstützt die Kindernothilfe arme Kinder und ihre Familien, die Christoffel Blindenmission fördert Hilfsprojekte für Blinde und Menschen mit anderen Behinderungen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa. Die Personaldienste hingegen – die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungsdienste (AGEH) und ihr evangelisches Pendant DÜ (Dienste in Übersee, heute Teil des EED) – vermitteln Personal nach dem Entwicklungshelfergesetz.

Daneben findet man die humanitären Hilfswerke Diakonie Katastrophenhilfe und Caritas international. Ferner fördern die Missionswerke die Zusammenarbeit zwischen Kirchen und Gemeinden in Deutschland und in Übersee, unterhalten langjährige und stabile Beziehungen zu den Kirchen und ermöglichen so den theologischen Austausch in der weltweiten Ökumene. Im Evangelischen Missionswerk in Deutschland (EMW) haben sich evangelische Kirchen, Missionswerke, Freikirchen, missionarische Vereine und Verbände zusammengeschlossen. Auf katholischer Seite gibt es Missio, Adveniat und das Kindermissionswerk „die Sternsinger“.

Gegenüber Parlament, Regierung und gesellschaftlichen Interessensgruppen treten die evangelische und katholische Kirche oftmals gemeinsam auf. Sie haben dafür die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) mit Sitz in Berlin gegründet, die zu Fragen der Nord-Süd-Politik und der Entwicklungszusammenarbeit Stellung bezieht.

Die kirchlichen Institutionen der Entwicklungsarbeit markieren wichtige Punkte in der Landschaft, doch in den Regionen arbeiten zudem Vertreterinnen und Vertreter der Werke und Beauftragte der Landeskirchen in zahlreichen Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gruppen zusammen, machen gemeinsam Lobby- und Kampagnenarbeit zu Anliegen wie Armutsbekämpfung oder Klimagerechtigkeit. Die Fläche ist ferner durchzogen von Gemeinde- und Kirchenpartnerschaften. Ins Leben gerufen und am Leben gehalten werden sie von Ehrenamtlichen und Laien außerhalb der institutionalisierten Entwicklungsarbeit.

Unabhängig von den großen Werken ist auch das Weltgebetstagskomitee, getragen von zwölf Frauenorganisationen aus neun verschiedenen Konfessionen. Dieses Komitee ist Teil der internationalen Weltgebetstagsbewegung, die auch in Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kontinuierlich wächst. Am ersten Freitag im März feiern christliche Frauen in über 170 Ländern den ökumenischen Gottesdienst. Die Liturgie verfassen jeweils Frauen eines Landes. Mit der Kollekte werden Frauenprojekte auf der ganzen Welt gefördert.

### | Umsetzung einer Gemeinschaftsaufgabe

Lässt sich diese verwirrende Vielfalt heute klarer und wirksamer gestalten? Bestrebungen dazu gibt es bei den großen protestantischen Werken mit der geplanten Fusion von EED und Diakonischem Werk der EKD einschließlich seiner Marken „Brot für die Welt“ und Diakonie Katastrophenhilfe.

Entwicklungsdienst sei nach wie vor eine Gemeinschaftsaufgabe der evangelischen Kirchen in Deutschland, betonen Klaus Seitz von „Brot für die Welt“ und Barbara Riek, Leiterin des Referats Bildung und Inlandsförderung beim EED. Das Ziel sei von Anfang an gewesen, die kirchliche Mitverantwortung zur Überwindung von Armut, Hunger und Ungerechtigkeit und deren Ursachen in gemeinsamer Anstrengung und finanzieller Solidarität der Beteiligten wahrzunehmen. „Die Gründung eines gemeinsamen evangelischen Entwicklungswerkes jetzt ist die nächste Stu-

fe des Bemühens, diese Gemeinschaftsaufgabe, die historisch angelegt war, tatsächlich zu verwirklichen“, sagt Seitz. Die Fusion wäre demnach ein Meilenstein auf dem Weg zur Erreichung des vor rund 40 Jahren formulierten Ziels. Für Klaus Seitz ist es ein geradliniger Weg: „Den Prozess, der damals anging, setzen wir mit der Fusion fort.“

In einem Prozess befindet sich auch die weltkirchliche Arbeit der katholischen Kirche. Die Arbeitsteilung zwischen den Werken ist klar definiert, doch auch hier stehen Veränderungen an. Die Arbeit solle als „Gesamtschau der Akteure“ dargestellt werden, erläutert Martin Bröckelmann-Simon, Geschäftsführer von Misereor. „MARMICK“ lautet der Name für die Kooperation von Misereor, Adveniat, Renovabis, Missio, Caritas international und dem Kindermissionswerk.

### | Nachhaltige Landschaftsentwicklung?

Die bevorstehende Fusion des Evangelischen Entwicklungsdienstes mit dem Diakonischen Werk der EKD und seiner Aktion „Brot für die Welt“ wird die bisherige Landschaft verändern. Wie wird das neue Entwicklungswerk unter dem Dach des „Evangelischen Zentrums für Entwicklung und Diakonie“ das Wechselspiel zwischen „Entwicklungsprofis“ und Laieninitiativen beeinflussen? Die Schaffung eines zentralen Entwicklungswerkes stehe der protestantischen Vielfalt gelebter Ökumene keinesfalls entgegen, betont Klaus Seitz.

„Die Gemeinschaftsaufgabe kann nur funktionieren, wenn die kirchliche Basis funktioniert und das Anliegen mitträgt“, weiß Barbara Riek. Partnerschaftsgruppen auf Gemeinde- und Kirchenkreisebene spielen dabei eine wichtige Rolle. Der EED unterstützt ihr Engagement, beispielsweise indem er in Seminaren Know-how dazu vermittelt, wie man ein Projekt so plant, dass es erfolgreich ist. Er ermutigt die Partnerschaftsgruppen auch, ihre Arbeit als Teil des kirchlichen Entwicklungsdienstes zu verstehen. Diese Förderung ist Teil der Stärkung der Zivilgesellschaft, die dem EED bei seiner Förderung der entwicklungsbezogenen Bildungs- und Informationsarbeit im Inland wichtig ist.

## „Unsere Partner sind bis ins letzte Dorf vertreten“

Gespräch mit den Vorständen von Misereor, dem Evangelischen Entwicklungsdienst und „Brot für die Welt“

Auch Misereor berät und qualifiziert Partnerschaftsarbeit, sowohl von Bistümern als auch von Pfarrgemeinden. „Im Grundsatz ähnlich wie beim EED“ sei diese Arbeit, jedoch noch im Aufbau, erläutert Walter Nett, der das „Netzwerk Partnerschaft“ koordiniert. Misereor erkenne an, dass sich Gemeinden, Gruppen, Schulen mit dem Thema „Eine Welt“ auseinandersetzen und unterstütze sie durch Beratung und Zuschüsse – und dazu müssten die Süd-Partner hiesiger Gemeinden nicht unbedingt kirchlich sein.

### | Weiter Raum

Zum protestantischen Netzwerk von Entwicklungsorganisationen auf nationaler Ebene und der Vernetzung mit der Zivilgesellschaft hinzu kommt die weltweite Vernetzung. „Die katholischen Organisationen sehen sich von Anfang an als Teil der Weltkirche, aber auch unser protestantisches Selbstverständnis ist von dem Bewusstsein geprägt, Teil eines weltumspannenden Netzwerks zu sein“, meint Klaus Seitz. Während die katholische Kirche mit CIDSE über ein Netzwerk aus 16 europäischen und amerikanischen Hilfswerken verfügt, gibt es auf protestantischer Seite APRODEV, den europäischen Dachverband protestantischer Entwicklungsorganisationen, sowie die ACT Alliance (Action by Churches Together), das internationale kirchliche Bündnis für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Und die „Ecumenical Advocacy Alliance“ ermöglicht es kirchlichen Organisationen, gemeinsame Kampagnen durchzuführen. „Du stellst meine Füße auf weiten Raum“ – dieses Psalmwort wird Wirklichkeit. Beide Kirchen nehmen auf unterschiedlichsten Ebenen ihre Weltverantwortung wahr. Dies beinhaltet Engagement in den Gemeinden und Gruppen ebenso wie die Schaffung professioneller Strukturen, die die Gemeinschaftsaufgaben kirchlicher Entwicklungsarbeit wirkungsvoll umsetzen. | |



**Anja Ruf**  
ist freie Journalistin in Frankfurt/Main und betreut für **WELT-SICHTEN** die Dossiers.

Was ist das Besondere an der Entwicklungsarbeit der kirchlichen Werke, wie unterscheiden sie sich in der Praxis von der anderer nicht-staatlicher Organisationen?

**Warning:** Wir führen nicht selbst Projekte durch, sondern unterstützen Projekte von Partnerorganisationen im Süden. Zwar haben auch andere NGOs Partner, aber 70 Prozent unserer Partner sind Kirchen oder kommen aus dem kirchlichen Umfeld. Sie haben im Unterschied zu vielen anderen NGOs im Süden eine große Mitgliedschaft und sind, zumindest in christlichen Ländern, in der Regel bis ins letzte Dorf vertreten. Zudem haben wir es mit kirchennahen Einrichtungen zu tun, mit denen wir eine gemeinsame Perspektive entwickelt haben und gemeinsame Werte teilen. Wir können daher auf Prozesse setzen, die einen langen Atem brauchen – und Entwicklung braucht einen langen Atem. Wir arbeiten mit unseren Partnern langfristig zusammen.

**Füllkrug-Weitzel:** Wir sind mit unseren Partnern gemeinsam Glieder am Leib Jesu Christi, also gleichberechtigte Teile einer weltweiten Gemeinschaft. In den weltweiten Zusammenschlüssen, denen „Brot für die Welt“ und viele seiner Partner gemeinsam angehören – dem Ökumenischen Rat der Kirchen, dem Lutherischen Weltbund, der Act Alliance –, arbeiten wir auch theologisch und strategisch. Zusammen sind wir einander langfristig rechenschaftspflichtig, denn wir müssen unseren Partnern auch in zehn Jahren noch in die Augen blicken können. Viele NGOs und ihre internationalen Partner sitzen im Übrigen in Städten oder da, wo ihre Regierungen finden, dass sie sitzen sollen. Über die Kirchen haben wir besondere Zugänge – in jedem Winkel, wo es Gemeinden gibt. Wenn wir zum Beispiel zusammen mit unseren Partnern eine Hungerstudie machen, kriegen wir nicht nur Daten aus der Hauptstadt, sondern die werden angereichert mit dem Wissen und der Erfahrung der Menschen in entlegenen Gebieten.



Foto: KNA / Misereor

Kirche in der südafrikanischen Township Soweto. Die meisten Partner der Hilfswerke sind Kirchen oder kommen aus dem kirchlichen Umfeld. Sie haben in der Regel zahlreiche Mitglieder.

Von links nach rechts: Claudia Warning, Vorstandsmitglied des Evangelischen Entwicklungsdienstes, Josef Sayer, Hauptgeschäftsführer von Misereor und Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin von „Brot für die Welt“.



Foto: Sandra Then / EED



Foto: Misereor



Foto: Brot für die Welt

**Sayer:** Kirchliche Werke sind im Süden aber nicht nur in sehr abgelegenen Gegenden tätig, sondern auch da, wo Krieg herrscht. Die Kirche bleibt auch, wenn NGOs abgezogen werden, etwa weil es für ihre Mitarbeitenden oder deren Familien zu gefährlich wird. Durch die Partnerschaft innerhalb der Weltkirche können wir tatsächlich bei den Leidenden sein und die vorrangige Option für die Armen auch in solchen kritischen Situationen leben. Bischof Francis in Liberia war zum Beispiel in Kriegswirren dabei, wenn geschossen wurde. Er flüchtete mit den Leuten in entlegene Gebiete und blieb bei ihnen. Und er sprach unmittelbar den Herrschenden ins Gewissen.

**Warning:** Viele Ländern, in denen wir arbeiten, sind mehrheitlich christlich. Dort spielen Kirchen aufgrund ihrer Mitgliederzahl, ihrer Größe und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung per se auch eine politische Rolle. Die können sie nutzen, um politisch Einfluss zu nehmen – im Idealfall auf der Grundlage guter Entwicklungsarbeit. Es gibt zahllose religiöse Führer, die für Gerechtigkeit eintreten. Eine säkulare Organisation muss sich dieses Ansehen erst mühsam erarbeiten und hat lange nicht denselben Rückhalt in der Gesellschaft. Diese Chance haben Kirchen mehr als andere.

**Füllkrug-Weitzel:** Zumal sie sich mit langem Atem engagieren. Ich will zwei Beispiele nennen: Der Nationale Kirchenrat in Kenia hat ganz wesentlich dazu beigetragen, den Autokraten Daniel Arap Moi in den 1990er Jahren mit auf den Weg der Demokratisierung zu nehmen. Das hat einen enorm langen Einsatz gekostet und nur funktioniert, weil Arap Moi wusste, dass er es nicht mit NGOs zu tun hatte, die er verbieten oder ausweisen konnte, sondern dass der Kirchenrat sehr stark in der Bevölkerung verwurzelt war. Zweites Beispiel: Im Kampf gegen die französischen Atomtests und für Entschädigungen für die Atomtest-Opfer haben wir dem Pazifischen Kirchenrat beigetragen. Der Kampf um die Entschädigung begann in den 1970er Jahren und hatte nach der Jahrtausendwende schließlich Erfolg, die französische Regierung musste Entschädigungen zahlen.

**Sayer:** Oder wer hat in Lateinamerika für Demokratie gesorgt? Wer ist dort in vielen Ländern gegen die Diktatur aufgestanden? Das waren die Kirchen, unterstützt von den Werken hier – von Misereor, aber auch von evangelischen Werken, beispielsweise in Brasilien, El Salvador oder Chile.

Die Kirchen haben sich aber doch nicht überall im Süden einhellig für die Armen oder für Demokratie eingesetzt. Ist die Partnerschaft auch mit Konflikten verbunden?

**Füllkrug-Weitzel:** Es ist der Vorteil langjähriger Partnerschaft in der weltweiten Ökumene, dass sie es auch aushält, wenn man sich gegenseitig kritisch befragt, und zwar in beide Richtungen.

**Sayer:** Misereor, „Brot für die Welt“ und der EED unterstützen diejenigen, die gegen Gewaltherrschaft aufstehen und sich für die Achtung der Menschenrechte einsetzen. Es gibt natürlich zum Beispiel Großgrundbesitzer in Zentralamerika, die eine „Kirche der Reichen“ bilden wollten. Hier sind wir dagegen. Die unterstützen wir nicht. Dafür werden wir angegriffen. Am 24. März 2010 war der 30. Todestag von Bischof Oscar Romero, der 1980 ermordet wurde. Zu seinen Lebzeiten wurde er sogar von Bischofskollegen angegriffen. Wir haben ihn energisch in seinem Kampf für Gerechtigkeit und Versöhnung in El Salvador unterstützt.

**Warning:** Kirchen haben in vielen Fällen problematische Entwicklungen erlebt. Doch dank der Dialogstrukturen mit unseren Partnern, denen wir uns weder entziehen können noch wollen, haben wir die Möglichkeit, darüber Diskussionen zu führen. Auch bei kirchlichen Partnern, die bei uns Anträge stellen, prüfen wir sehr genau, wie weit sie von einem emanzipatorischen Gerechtigkeitsgedanken geleitet sind.



**Sayer:** Aber der wird nicht einfach von uns in Kirchen im Süden hineingetragen. Sondern wir lernen auch von der Kirche dort. Besonders haben wir zum Beispiel von den großen Bischofskonferenzen in Medellín (1968) oder Puebla (1979) gelernt. Dort stellte sich die Kirche Lateinamerikas der Gerechtigkeitsfrage und erarbeitete die vorrangige Option für die Armen als Kriterium des Christseins und des Kircheseins in heutiger Zeit. Diese wurde so Maxime für uns.

Wenn einheimische Kirchen bestimmte Aufgaben nicht übernehmen können, fördern Sie dann unter Umständen andere NGOs, die das können?

**Sayer:** Selbstverständlich. Aber es wäre eine falsche Vorstellung, dass wir im Süden nur mit denen zusammenarbeiten sollten, die das Nötige schon können. Dann bräuchte man letztlich unsere Zusammenarbeit nicht mehr. Das Entscheidende ist, Menschen zu qualifizieren: sie zu unterstützen, damit sie ihre Situation analysieren und Fähigkeiten aufbauen, um angemessen reagieren zu können. Das gilt aber für uns genauso. Auch wir müssen uns gegenüber Veränderungen und Wandlungsprozessen ständig verbessern und lernen.

**Füllkrug-Weitzel:** Wir arbeiten natürlich auch mit säkularen NGOs, die spezielle Qualitäten haben, über die die Kirchen nicht verfügen. Doch unser Ziel ist immer, die Kirchen mit einzubeziehen, weil sie eine sehr viel breitere Wirkung haben. Ein Beispiel: Die Bekämpfung von Aids in Afrika war vor zehn Jahren für die Kirchen dort kein besonders prominentes Thema. Wir haben damals die Treatment Action Campaign in Südafrika unterstützt, eine säkulare NGO, die für das Recht auf Aids-Medikamente gekämpft hat. Sie hat die südafrikanische Regierung vor Gericht verklagt bis zum Verfassungsgericht und den Prozess gewonnen: Die Regierung musste antiretrovirale Medikamente in Krankenhäusern zugänglich machen. Das hätten wir so mit den Kirchen zunächst nicht machen können. Entscheidend war dann aber, dieses

**Füllkrug-Weitzel:**  
„Unser Ziel ist immer, die Kirchen mit einzubeziehen, weil sie eine sehr viel breitere Wirkung haben.“



Foto: Eric Miller / Brot für die Welt

Recht auch im ganzen Land umzusetzen. Das kann keine einzelne NGO. Wir haben die Kirchen mit ins Boot geholt, sie mit Kenntnissen von säkularen Partnern unterstützt und mit auf den Weg genommen, sich in der Behandlung, Aufklärung und Bekämpfung von Aids zu engagieren, nicht nur in eigenen Gesundheitseinrichtungen. So entsteht eine Breitenwirkung. Wir reden also von unterschiedlichen Fähigkeiten und Potentialen; es ist nicht der eine professionell und der andere nicht. Kirchliche Partner sind keineswegs weniger professionell als andere.

Sind sie eher als andere NGOs vor staatlichen Übergriffen geschützt?

**Warning:** Wir erleben zur Zeit in vielen Ländern eine

Einschränkung von Spielräumen für die Zivilgesellschaft und die Kirchen. Viele Regierungen planen und verabschieden Gesetze, die die Arbeit von NGOs stärker reglementieren und zum Teil kriminalisieren. Das gilt beispielsweise für Aserbaidschan und Äthiopien; Planungen dafür gibt es auch in Kambodscha, Simbabwe und vielen Ländern mehr. Wir erleben aber auch, dass Kirchen da noch Spielräume haben, wo säkulare Organisationen sehr vorsichtig sein müssen. Äthiopien ist so ein Fall, wo die Kirchen eine wichtige Rolle im Dialog mit der Regierung spielen. In Simbabwe waren die Kirchen 2008 und 2009 eher gespalten: Es gab Bischöfe und Pfarrer, die klar das Unrecht angeklagt haben, andere, die sich sehr zurückhielten.

**Aktionstag der Treatment Action Campaign vor gut zehn Jahren. Aids war damals in Südafrika noch ein Tabu-Thema, Unterstützung deutscher Werke erhielt die Kampagne gerade deshalb.**

Sind Anforderungen an die Verwaltung, Abwicklung und Abrechnung von Projekten, die zum Beispiel das Entwicklungsministerium vorschreibt, das die Arbeit des EED und von Misereor bezuschusst, für manche Partner schwer zu erfüllen?

**Warning:** Wir haben mit dem BMZ detaillierte Verfahren verabredet, die sicherstellen sollen, dass wir allen Ansprüchen der Bundeshaushaltsordnung gerecht werden. Das ist richtig und gut so. Allerdings ist auch klar, dass kaum einer unserer Partner – unabhängig davon ob kirchlich oder säkular – diese auf Anhieb beherrscht. Wir tun daher zwei Dinge: In der Regel finanzieren wir neue Partner zunächst aus kirchlichen Mitteln und „üben“ mit ihnen die Verfahren ein. Gleichzeitig arbeiten wir mit einem Netz von lokalen Unterstützungsbüros, die Schulungen für die Partner durchführen und sie zunächst bei der Finanzabwicklung unterstützen. Wenn wir den Eindruck haben, sie können die Verfahren beherrschen, stellen wir die Finanzierung auf Mittel aus dem BMZ um.

**Füllkrug-Weitzel:** Natürlich haben die Kirchen nicht immer alles nötige Know-how, aber das haben die NGOs auch nicht. Es ist in jedem Fall eine Frage an das Capacity Building, und





**Rehabilitation für Minenopfer in Kambodscha. Nicht nur dort fördern die kirchlichen Hilfswerke die Behindertenarbeit. Die Modellprogramme werden oft vom Staat übernommen.**

dies ist einer unserer Hauptschwerpunkte in der ACT Alliance, zu der sich Kirchen und Werke außerhalb der katholischen Kirche zusammengeschlossen haben: den Partnern zu helfen, in jeder Hinsicht noch professioneller zu werden. Ein Grundproblem ist, dass die Kirchen oft niedrigere Löhne zahlen als viele andere NGOs. Daher wechseln manchmal qualifizierte Kräfte, nachdem wir sie ausgebildet haben, zu anderen NGOs, und dann heißt es: Sieh mal, die haben bessere Leute!

**Sayer:** Ich möchte noch auf einen Aspekt hinweisen: Für uns ist es wichtig, in den Projektregionen das Verwaltungshandeln unserer Partner zu qualifizieren. Denn eine gute Verwaltung ist Teil einer guten Entwicklung. Deshalb planen wir dafür Geld in der Projektgestaltung ein.

Ist die Arbeit christlicher Werke schwierig in Ländern, in denen es keine Kirchen gibt oder Christen eine Minderheit sind?

**Sayer:** Unser Ansatz ist nicht, katholisches Geld nur für Katholiken oder christliches Geld nur für Christen zu geben. Unsere Hilfe ist nicht interessengeleitet, sie wendet sich den Armen als solchen zu. Auf die Frage in China und Nordkorea: „Warum kommt Ihr überhaupt, was wollt Ihr bei uns? Wollt Ihr versteckt missionieren?“, habe ich geantwortet:

Jesus hat gesagt: „Ich war hungrig, und Ihr gabt mir zu essen.“ Er hat nicht gesagt, ich war ein hungriger Christ oder ein hungriger Katholik, sondern schlicht: „Ich war hungrig.“ Das verpflichtet! Hilfe geben wir dorthin, wo Arme sind, und zwar unabhängig von Rasse, Nation oder Religion. Das ist ganz bewusst von der Deutschen Bischofskonferenz für Misereor so angelegt. Wir unterstützen zum Beispiel in Nordkorea, wo bittere Armut herrscht und wo es keine NGOs gibt, zusammen mit dem Erziehungsministerium zehn Berufsschulen. Wir senden dafür kein Geld, sondern Materialien und schaffen es so, dass mit eigenen Kräften zum Beispiel langfristig Handwerker ausgebildet werden.

Arbeiten Sie in Ländern, in denen Christen eine Minderheit sind, mit NGOs aus anderen Religionsgruppen oder säkularen NGOs zusammen?

**Füllkrug-Weitzel:** Ja, wenn sie den gleichen ethischen Prinzipien wie wir verbunden sind. Damit meine ich nicht, dass sie das gleiche Kulturverständnis haben müssen, sondern dass sie wie wir mit den Menschen ohne jede Diskriminierung nach Volkszugehörigkeit, Religion oder Geschlecht zusammenarbeiten. Gemeinsame ethische Prinzipien müssen uns ein Stück weit verbinden und tragen, und es muss natürlich der spezifische Bedarf für die Projekte da sein.

**Warning: „Kirchen haben auch da noch Spielräume, wo andere Organisationen wegen Repressionsdrohungen vorsichtig sein müssen.“**

**Sayer:** Im Extremfall Nordkorea arbeiten wir zum Beispiel zum Thema „Behinderung“. Zunächst hieß es „Wir haben keine Behinderten“. Nach und nach kam dann heraus, dass das System sie verbergen wollte. Auch in China unterstützten wir Projekte für Behinderte. Wir können natürlich nicht all den Millionen behinderter Menschen in ganz China helfen, das würde unsere Möglichkeiten übersteigen. Das Entscheidende ist aber, Modelle einer partizipativen Behindertenarbeit zu entwickeln, die dann der Staat anwenden kann.

**Füllkrug-Weitzel:** Das gleiche haben wir in Vietnam getan: Wir haben dazu beigetragen, dass Institutionen zur Ausbildung von Sozialarbeitern gegründet worden sind – auch da mit den staatlichen Stellen. Das hat in Vietnam dazu beigetragen, die Tatsache zu akzeptieren, dass es soziale Probleme gibt und man sie professionell angehen muss. In gewisser Weise war das Pionierarbeit.

**Warning:** Die Philippinen sind das einzige Land in Asien, das mehrheitlich christlich ist.

Das heißt umgekehrt: In allen anderen asiatischen Staaten sind Christen in der Minderheit. Wir fördern dort natürlich kirchliche Organisationen, aber auch Organisationen anderer Religionen wie hinduistisch geprägte, buddhistische und muslimische. Wie meine Kollegen sagen, kommt es auf die gemeinsame ethische Basis an.

Meist ist es sogar so, dass unsere christlichen Partner die Zusammenarbeit mit den Organisationen, die in den Mehrheitsreligionen wurzeln, empfehlen.

**Sayer:** Und wer leistet im Übrigen in Ländern, wo Christen eine Minderheit sind, die Arbeit in kirchlichen Organisationen, zum Beispiel im Norden Indiens? Ich war dort beim Bischof von Lacknow zu Besuch und er stellte mir seine 40 Mitarbeiterinnen in der Sozialarbeit vor. Von denen waren drei Katholiken, der Rest waren Hindus, Buddhisten und Muslime. Das ist ein ganz anderes Miteinander in der diakonischen Arbeit als bei uns. Ich denke, dass Gottes Geist in allen Menschen wirkt, nicht nur in Christen. Indem wir Menschen



In Guatemala war die Bevölkerung in mehr als 30 Bürgerkriegsjahren Opfer einer Militärdiktatur. Die guatemalteckische Kirche hat beispielhafte Versöhnungsarbeit geleistet.

uns für Gerechtigkeit und ein gutes Zusammenleben einsetzen, bezeugen wir, dass wir alle Kinder Gottes sind, und bewegen uns in unterschiedlichen Bezügen auf eine gerechtere Welt hin.

Inwieweit wird die Arbeit christlicher Werke von Konflikten belastet, in denen auch die Religion eine Rolle spielt wie etwa in Nigeria?

**Füllkrug-Weitzel:** Konflikte erfordern immer eine besonders sensible Arbeit. Wir arbeiten nur mit Partnern zusammen, die Konflikte nicht noch verschärfen, sondern versuchen, sie dadurch zu entspannen, dass sie alle Bevölkerungsteile – etwa verschiedene Ethnien oder Religionen – gleichermaßen begünstigen und sie zusammenzubringen. Wo das gelingt, bringt das diesen Partnern und ihrer Arbeit eine relativ hohe Akzeptanz, auch wenn sie christlich sind und damit vielleicht mit einer Konfliktpartei identifiziert werden. Eine Schwierigkeit ist hier aber bisweilen der Auftritt von evangelikalen Organisationen – seien sie Missionsorganisationen oder seien sie so genannte Entwicklungswerke, die mit dem Vehikel der Entwicklungsarbeit Mission treiben. Wo so etwas vorkommt, sind muslimische und staatliche Gruppen natürlich alarmiert, was zum Teil bis hin zur Ablehnung der Arbeit christlicher Hilfsorganisationen führen kann.

**Warning:** Zur Zeit haben wir erhebliche Konflikte im mittleren Gürtel von Nigeria, wo im März mehrere hundert Christen in religiös verbrämten Konflikten ums Leben gekommen sind. Hier gilt es an der Seite der Opfer zu stehen und gleichzeitig die Partner zu unterstützen, darauf angemessen und gewaltfrei zu reagieren. In diesem Fall betreut einer unserer theologisch geschulten Kollegen die Kirchen in Nigeria und steht ihnen auch geistlich bei. Nigeria ist aber nicht der einzige Fall. Gerade in Afrika, wo große und starke Religionsgemeinschaften in einem Land vertreten sind, kommt es manches Mal zu Konflikten. Daher arbeiten wir mit speziellen Planungsinstrumenten daran, die Arbeit so auszurichten, dass sie keine Konflikte verschärft (Do no Harm), sondern wo möglich örtliche Friedenskräfte unterstützt (Local Capacities for Peace).

**Sayer:** Der Umgang mit Kriegs- und Nachkriegssituationen zeichnet die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit besonders aus. In Guatemala zum Beispiel haben wir die Kirche so gestärkt, dass sie ein Bündel von Maßnahmen zur Aufarbeitung der Kriegsursachen und Gewalt ergreifen konnte. Einen Bericht dieser beispielhaften Versöhnungsarbeit der guatemalteckischen Kirche haben wir in Deutschland für unsere Gemeinden und die Politik veröffentlicht. Wahrheits- und Versöhnungskommissionen sind eines der schwierigsten Felder der Entwicklungszusammenarbeit. Gerade die Kirche ist hier gefordert.

Wie arbeiten katholische und protestantische Entwicklungswerke in Deutschland zusammen, und wo gibt es verschiedene Schwerpunkte – zum Beispiel regional?

**Sayer:** Wir tauschen uns regelmäßig aus – sowohl die Geschäftsführungen als auch Länderreferenten in der alltäglichen Arbeit. Natürlich gibt es Gegenden in Lateinamerika, wo die Katholiken in der großen Überzahl sind und die evangelischen Kirchen eher wenige Partner haben. In anderen Ländern ist es umgekehrt. „Brot für die Welt“ und Misereor

*Sayer: „Der Umgang mit Kriegs- und Nachkriegssituationen zeichnet die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit besonders aus.“*

haben über die Aktion „Miteinander teilen“ auch gemeinsame Projekte. Und Misereor und der EED gestalten gemeinsam ihre Arbeit gegenüber der Bundesregierung und dem Parlament.

**Füllkrug-Weitzel:** Auch unsere Abteilungen im Bereich Controlling, Planung und Evaluierung arbeiten zusammen. Man lernt voneinander und berät sich gegenseitig. Misereor und „Brot für die Welt“ haben zudem gemeinsam das Bündnis „Entwicklung hilft“ mit gegründet, um den Stellenwert der Entwicklungsarbeit in der Öffentlichkeit hochzuhalten. Über die Jahre haben wir viele Grundsatzklärungen gemeinsam erarbeitet. Wir arbeiten in Kampagnen und Bündnissen zusammen und stimmen dazu auch unsere Strategie miteinander ab. Und wir sind beide sehr stark im Fairen Handel engagiert. Unsere europäischen Netzwerke – auf evangelischer Seite APRODEV, auf katholischer Seite CIDSE – arbeiten bei der Lobbyarbeit gegenüber der EU in Brüssel ebenfalls sehr eng zusammen.

**Warning:** Für den EED sind „Brot für die Welt“ und Misereor sozusagen die geborenen Partner und das meiste an Förderpolitik, Länderschwerpunkten und politischen Erklärungen wird abgestimmt. Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) in Berlin tragen die Werke gemeinsam. Bald werden der EED und „Brot für die Welt“ ja auch zu einem großen und starken evangelischen Werk fusionieren. Schon heute werden alle Projekte der beiden Häuser gemeinsam bewilligt.

**Sayer:** Wir sind auf der Klimakonferenz in Kopenhagen Ende 2009 gemeinsam aufgetreten, wo es um die Bewältigung des Klimawandels, der entscheidenden Schicksalsfrage der Menschheit des 21. Jahrhunderts, ging. Der Misserfolg der Konferenz ist ein Skandal, der uns sehr bewegt. Wir lassen in unseren Anstrengungen jedoch nicht nach. Ökumenisch ziehen wir da an einem Strang, weil wir uns unserer gemeinsamen Basis, dem Evangelium, verpflichtet wissen. | |

Das Gespräch führten **Bernd Ludermann** und **Anja Ruf**.



# Die Frauen aus Pujilí

Im zentralen Hochland Ecuadors wachsen die Ernten und auch das Selbstbewusstsein

Foto: Felix Ehring



Rosita Ines Vega prüft die Setzlinge in ihrem Garten. Kein Meter des kleinen Grundstücks liegt brach, alles wird genutzt.

| Felix Ehring

**Nicht weit vom Äquator leben viele Anden-Bauern am Existenzminimum. Geringe Erträge auf den kleinen Parzellen führen zu Mangelernährung. „Miteinander teilen“, die ökumenische Kooperation zwischen Misereor und „Brot für die Welt“, hat seit drei Jahren einen gemeinsamen Partner vor Ort. Die Organisation kümmert sich darum, Anbaumethoden und Wohnsituation zu verbessern. Damit unterstützt sie Bäuerinnen in ihrer harten Arbeit.**

In der Provinz Cotopaxi, hundert Kilometer südlich von Ecuadors Hauptstadt Quito, erhebt sich eine mächtige Bergkette. Durch sie zieht sich eine Serpentine über einen Pass

von 4200 Metern. Mit jeder Haarnadelkurve wird die Vegetation spärlicher und der Himmel rückt näher. Auf dem Pass schließlich wachsen nur noch Gräser, ein Schleier von Wolken und Nebel liegt über den Hügeln. Vereinzelt grasen Schafe.

Dies ist der Kanton Pujilí. Es ist keine wirtschaftliche Gegend, und doch ist es die Heimat verstreut lebender Bauern, deren kleine Höfe sich an die Bergrücken schmiegen. Gleich im ersten Haus hinter dem Pass wohnt die Familie Tosquiza Vega, die gerade Lauch auf ihrem bescheidenen Acker erntet. Von dort hat man einen grandiosen Blick über das weitläufige Tal, doch der hat seinen Preis: Der Wind pfeift, die niedrigen Temperaturen lassen wenig Anbau zu – eigentlich.

César Tosquiza Vega ist dennoch guter Dinge, denn für seine Familie ist das Leben in den vergangenen Jahren etwas leichter geworden. Die ganze Familie hat Büsche gepflanzt, um den Boden zu befestigen und das Gemüse vor Wind und Kälte zu schützen. Kartoffeln, Zwiebeln, Kohl, Rettich und Saubohnen bewässern sie mit Hilfe eines neuen Tanks effektiver, die Beete schützen sie mit Stroh gegen Austrocknung, denn Wasser ist knapp. Auch Pestizide und chemischen Dünger muss die Familie nicht mehr kaufen. Aus Knoblauch und anderen organischen Zutaten wird natürlicher Pflanzenschutz produziert, ein Kompost liefert zusätzliche Nährstoffe für den Anbau auf gerade einmal einem Hektar Land. Die Ideen dazu kamen von Funhabit, einer nichtstaatlichen Organisation zur Förderung des ländlichen Raums, mit der Misereor und „Brot für die Welt“ in der Region zusammenarbeiten. Mittlerweile wächst im Garten

Foto: Felix Ehring



Foto: Felix Ehring



In der Werkstatt von Funhabit biegt eine Frau Drähte, mit denen die selbst produzierten Dachziegel befestigt werden (Foto oben).

Rosita Ines Vega malt in ihrem Haus Bilder, die sie an Touristen verkauft (Foto unten).

der Tosquiza Vegas mehr, als die Familie essen kann. Kartoffeln und Lauch werden deshalb in die Stadt verkauft.

Noch vor wenigen Jahren gediehen auf den kleinen Grundstücken der Leute in der Region selten mehr als drei Nutzpflanzen. Viele Familien gaben das knappe Geld für ungesunde Fertiggerichte und Konserven aus. Besonders die Kinder litten unter Mangelernährung. „Anfangs war es nicht einfach, die Leute für ökologischen Anbau und mehr Vielfalt zu gewinnen“, erzählt Luis Gallegos, der Direktor von Funhabit. Viele Bewohner der Region sind Quichuas. Die Indigenen werden gesellschaftlich seit jeher benachteiligt und diskriminiert. Von der Politik hatten sie in den vergangenen Dekaden wenig zu erwarten. „Diese Erfahrungen haben die Menschen geprägt“, erklärt Gallegos.

Doch mittlerweile interessieren sich immer mehr Bauern für die neuen Anbauformen, weil sie bei Nachbarn sehen, dass damit bessere Erträge erzielt werden und die verschiedenen Gemüse gesund sind. Um dieser wachsenden Nachfrage der Bauern gerecht werden zu können, bildet Funhabit einige Bauern im eigenen Schulungszentrum und vor Ort zu sogenannten „Promotoren“ aus. Die Promotoren und Promotorinnen erklären neuen Projektteilnehmenden den ökologischen Anbau, sparsame Bewässerungstechniken und eine hygienische Tierhaltung. „Von Bauer zu Bauer“ heißt dieses Prinzip, das „Brot für die Welt“ in den Projekten zur Ernährungssicherung in Lateinamerika anwendet.

### | Meerschweinchen in neuen Ställen

César Tosquiza Vega ist auf das renovierte Haus der Familie besonders stolz: „Früher war der Boden aus Lehm, das Dach undicht. Es war kalt und feucht“, sagt der Mann mit den schmalen Augen und dem Oberlippenbart und präsentiert den blitzblanken Beton-Fußboden. Von Funhabit hat die Familie gelernt, die Wände auszubessern und das Dach abzudichten. Stabilere Steine und Ziegel dafür haben sie in der Werkstatt von Funhabit selbst produziert. Die Verbesserung der Häuser geht auf Misereors Engagement zurück. Auch die Kleintiere haben nun neue Ställe in zwei Hütten neben dem Haus. Früher lebten Hühner, Hasen und Meerschweinchen mit den Eltern und den sechs Kindern unter einem Dach. Doch nach und nach hat die Familie Tosquiza Vega Haus und Hof erfolgreich modernisiert.

Über steile, steinige Pisten gelangt man zu Rosita Ines Vega, die seit zwei Jahren mit Funhabit zusammenarbeitet. Ihr Grundstück ist wohl das beste Argument für ihre Arbeit als Promotorin. Kartoffeln und Zwiebeln gedeihen fast schon üppig, in den kleinen, akkurat angelegten Beeten wachsen Setzlinge für Gemüse und Heilkräuter. In einer Hütte mit Strohdach quetschen die Meerschweinchen, die wegen ihres gesunden Fleisches und der schnellen Vermehrung in der ganzen Region ein wichtiger Fleischlieferant sind. Als sie die Gäste bemerkt, läuft Vega lachend ins ebenfalls renovierte Haus, um heiße Kartoffeln und selbst gemachten Käse aus Kuhmilch zu holen.

Das Haus ist karg eingerichtet, es gibt ein großes Bett, zwei Regale und einen Tisch mit einem Stuhl. Am Tisch malt Vega kleine Bilder, die sie an Touristen in der Region verkauft. Wenn sie Zeit dazu hat. Denn einen Mann hat sie nicht, fünf ihrer sechs Kinder muss sie versorgen, nur der Älteste ist bereits aus dem Haus. Er arbeitet in der Steinproduktion und kommt nur ab und zu am Wochenende, um zu helfen. So wie ihm geht es vielen Männern in der Gegend. Weil es kaum Möglichkeiten gibt, Geld zu verdienen, verdingen sich rund zwei Drittel von ihnen außerhalb von Pujilí, die meisten in den Blumenplantagen. Sie verdienen in der Regel gerade einmal den ecuadorianischen Mindestlohn von 240 US-Dollar, die Lebenshaltungskosten in Ecuador sind jedoch im Durchschnitt mehr als doppelt so hoch. Zudem leiden die Männer in den Plantagen unter dem hohen Einsatz von Pestiziden, auch Arbeiter-Vertretungen werden kaum zugelassen. Und den Frauen bleibt nichts anderes, als ihre Kinder weitestgehend allein großzuziehen und Haus und Grund-

## Ökumenische Aktion

Mit der ökumenischen Aktion „Miteinander Teilen – Gemeinsam Handeln“ werden die katholischen und evangelischen Christen in Deutschland zur Unterstützung von Entwicklungsprojekten in Afrika, Asien und Lateinamerika eingeladen, die von Misereor und „Brot für die Welt“ gemeinsam gefördert werden.

Jeden Monat stellen Misereor und „Brot für die Welt“ in einem gemeinsamen Prospekt ein Projekt vor und bitten um Spenden. Diese Spenden kommen von Pfarrgemeinden, die die Kollekte am ersten Freitag im Monat für diesen Zweck verwenden, aber auch von vielen ökumenisch gesinnten Einzelpersonen und Gruppen, denen die ökumenische Solidarität mit den Armen ein wichtiges Anliegen ist. Die praktizierte Ökumene ist ein Hoffnungszeichen für die Armen in der Dritten Welt, aber auch für die Kirchen in Deutschland.



stück in Schuss zu halten. Die Äcker, die Tiere, die oft fünf oder mehr Kinder: die meisten Frauen arbeiten von morgens bis abends.

### Ermunterung zur Eigenständigkeit

„Sierra“ nennen die Ecuadorianer den bergigen Teil ihres Landes. Die Sierra, das sind die äußerst fruchtbaren Täler der niederen Anden, wo Obst und Gemüse reichlich gedeihen, wenn genügend Wasser vorhanden ist. Zur Sierra gehören aber auch die höheren Flächen, wo die Äquatorsonne nur noch wenig wärmt. In der Projektregion Pujilí kommt erschwerend hinzu, dass es wenig regnet und keinen Fluss gibt, der dauerhaft genügend Wasser führt. Fruchtbare Land ist folglich knapp und sehr teuer, die meisten Bauern besitzen weniger als zwei Hektar. Deshalb gilt es, mit Fruchtfolgen und Mischanbau möglichst effektiv zu wirtschaften.

Vom Hof der Promotorin Vega benötigt man eine weitere Stunde und einen widerstandsfähigen Geländewagen, um Zumbagua zu erreichen. In der Gegend haben sich die Frauen vor drei Jahren zusammengeschlossen, um gemeinsam zu sparen und sich zu helfen. Einmal im Monat treffen sie sich bei einer der Frauen, um sich über Anbau, Tierhaltung und andere Themen auszutauschen. Außerdem überlegen sie, wie sie das gesparte Geld investieren wollen. Einen drittel Hektar Land haben sie bereits gleich neben dem Dorfplatz gekauft, um ihn gemeinsam zu bewirtschaften. Auch ein Gemeindehaus für ihre Treffen wollen sie bauen.

All das tun sie ohne ihre Männer, was in der patriarchalisch geprägten Gesellschaft Ecuadors bisher eine Ausnahme ist. Die junge Agraringenieurin Maryhori Ayala von Funhabit ermuntert die Frauen zur Eigenständigkeit. Ayala hat in Quito studiert, sie trägt Turnschuhe, Jeans und einen Kapuzenpullover. Damit unterscheidet sie sich deutlich von der traditionellen Tracht der Frauen in Zumbagua. Aber Ayala hat das Vertrauen der zurückhaltenden, zum Teil sehr schüchternen Frauen, die sich untereinander im Flüsterton unterhalten. Wenn Ayala die Frauen anspricht,

Foto: Felix Ehring



Maryhori Ayala (rechts) besucht Bauern in den Bergen. Für die Frauen dort ist sie eine wichtige Ansprechpartnerin.

nennt sie sie immer „Compañeras“, um ihre Verbundenheit zu zeigen. Sie begrüßt die Runde herzlich und ermutigt sie, von ihren Sorgen zu berichten. „Unsere Männer sind viel weg. Aber selbst wenn sie bei uns sind, ist es oft nicht einfach“, sagt eine Frau aus der Runde. Sie spielt darauf an, dass manche Männer, die in der Ferne arbeiten, dem Alkohol verfallen sind und ihre Frauen bei den Besuchen am Wochenende schlecht behandeln. Es ist nicht selten, dass Frauen geschlagen werden. Auch sexuell übertragbare Krankheiten bringen einige Männer aus der Stadt mit.

Ayala betont deshalb, wie wichtig es ist, Einkommensmöglichkeiten vor Ort zu schaffen. Der Verkauf eines wohlgenährten Meeresschweinchens bringt beispielsweise zehn Dollar ein, mit Glück noch etwas mehr. Auch Gemüse und Heilkräuter können verkauft werden, wenn die Gärten genügend hergeben. Zwei Männer aus Zumbagua haben ihre Arbeit in der Ferne mittlerweile aufgegeben. Sie bleiben wieder bei ihren Familien und setzen auf die Erträge des eigenen Anbaus. In Zukunft kehren noch mehr Männer zurück, hofft Ayala.

Indessen verhandeln Vertreter der Bauern und Funhabit-Direktor Gallegos mit Lokalpolitikern. Das Ziel ist die Einrichtung lokaler Märkte, damit die Menschen regelmäßige Einnahmen erzielen können. Auch auf nationaler Ebene setzen sich die Menschen gemeinsam mit Funhabit für ihre Rechte ein. „Die Kooperation mit Misereor und ‚Brot für

die Welt‘ ergänzt sich inhaltlich gut“, sagt Gallegos zufrieden. Misereor ist schon seit 1989 in Pujilí aktiv. Vor vier Jahren hörte Gallegos von „Brot für die Welt“ und bat es um Unterstützung in dem weitläufigen Kanton. Seitdem bündeln die Hilfswerke ihre Kräfte und unterstützen bislang 150 Großfamilien und zwei Frauengruppen. Auch die Rechnungsprüfung führen die Werke mittlerweile gemeinsam durch. Das erspart Funhabit viel Bürokratie und Zeit.

Der wichtigste Effekt der Kooperation ist jedoch bei den Bäuerinnen zu bemerken: Es ist ihr Stolz, den Lebensstandard aus eigener Kraft zu verbessern. Die Frauengruppe singt zum Ende des Treffens ein selbst geschriebenes Lied, um sich Mut zu machen. Hier wie in den anderen Orten des Projekts präsentieren die neuen Biobauern selbstbewusst ihre Tiere und Pflanzen, die ein Stück Unabhängigkeit bedeuten. Viele Menschen in der Gegend machen diese Erfahrung zum ersten Mal in ihrem Leben. | |



Felix Ehring  
ist Volontär in der Redaktion WELT-SICHTEN.

# Die Wurzeln in der Kirche brauchen Pflege

Kirchliche Entwicklungsarbeit im Spannungsfeld zwischen Volkskirchen, Staat und Zivilgesellschaft

| Fritz Erich Anhelm

Kirchliche Entwicklungswerke verstehen sich auch als Anwälte der Armen in politischen Auseinandersetzungen im Norden. Um hier mehr zu bewirken, professionalisieren sie ihre Kampagnenarbeit und gehen Bündnisse außerhalb des kirchlichen Spektrums ein. Das führt besonders unter Protestanten zu Fragen nach der Rückbindung an die Kirchen und nach der Sichtbarkeit spezifisch kirchlicher Positionen.

Die Entwicklungsarbeit in kirchlicher Trägerschaft wird aus Kirchensteuermitteln und Kollekten, aus Spenden, aber auch zu großen Teilen vom Staat finanziert. Und sie bewegt sich als auf den Glauben gegründetes Engagement inmitten von säkularen nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) und solchen anderer Religionen. In diesem komplexen Spannungsfeld sind kirchliche Werke unterschiedlichen, teils konkurrierenden Interessen, Loyalitäts- und Rechtfertigungserwartungen ausgesetzt, wenn sie über den kirchlichen Bereich hinaus kooperieren, bündnis- und kampagnenfähig sein wollen.

Aber eines ist natürlich klar: Kirchliche Entwicklungsarbeit bleibt an ihr theologisch-ethisches Motiv gebunden. Das soll für die Mitglieder und Leitungen der Kirchen nachvollziehbar und in der Arbeit sichtbar sein. Es drückt sich aus als Option für Arme und Schwache, im Vorrang ziviler vor militärischer Konfliktbearbeitung und in der Sensibilität für die Ökologie des Planeten. Diese Übersetzung der drei Grundorientierungen aus dem Konziliaren Prozess, der von der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) 1983 zu den Themenfeldern Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung angestoßen wurde, ist auch außerhalb der Kirchen anknüpfungsfähig.

Die Richtung solchen Engagements ist in den Kirchen weithin akzeptiert, die Konkretisierung in der Praxis entwicklungspolitischer Parteinahme aber zumindest in den protes-

Foto: WCC / Peter Williams



tantischen keineswegs unumstritten. Auch mit der Logik staatlicher Interessen verträgt sich manches und beißt sich einiges. So lassen sich die Millenniumsziele der Vereinten Nationen – zum Beispiel Halbierung des Anteils der extrem Armen und der Hungernden – von der Kirche im Prinzip leicht adoptieren. Die Praxis der staatlichen Politik entspricht diesen Zielen aber weitgehend nicht, verkehrt sie in bestimmten Politikfeldern, auch durch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise und die staatlichen Reaktionen darauf, sogar in ihr Gegenteil.

## | Zwischen Konkurrenz und der Suche nach Bündnissen

In der bunten Vielfalt zivilgesellschaftlicher Organisationen bewegt sich die kirchliche Entwicklungsarbeit zwischen Konkurrenzen und der Suche nach Bündnissen. Konkurrenz erwächst daraus, dass fast alle NGOs auf staatliche Förderung angewiesen sind und die meisten um private Spendenmittel werben. Obwohl sie auch staatliche Gelder erhalten, wenden sich strategische Bündnisse von

**Die Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung 1990 in Seoul, Korea war eine wichtige Station im Konziliaren Prozess. Seine Grundorientierungen sind auch außerhalb der Kirchen anschlussfähig.**

NGOs mit säkularen und kirchlichen Partnern (wie beim Klimagipfel in Kopenhagen oder beim Weltsocialforum) gerade gegen die Politik von Staaten, bis hin zu demonstrativen Formen der Auseinandersetzung wie etwa beim G8-Gipfel in Heiligendamm.

Besonders in den letzten zehn Jahren ist ein starkes Bemühen um die Professionalisierung der Kampagnenfähigkeit festzustellen. Darin spiegelt sich die Erfahrung, dass angesichts der Komplexität globaler Probleme Stellungnahmen – etwa zu Armutsbekämpfung, Klimagerechtigkeit und Konfliktbearbeitung – nur im Bündnis mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen Gehör und Wirkung finden und auf Expertenwissen, zum Beispiel über den Klimawandel und das Funktionieren der Finanzmärkte, gegründet sein müssen.



*Die kirchliche Entwicklungsarbeit ist aus den institutionalisierten Formen der ökumenischen Bewegung, aus der sie einst entstanden war, faktisch ausgewandert.*

Um dieser Kampagnenfähigkeit willen müssen die Profile der einzelnen Bündnispartner zugunsten der gemeinsamen Strategie zurückgenommen werden. Das Klimabündnis, die Kampagnen gegen Landminen, für Schuldenerlasse und andere stellen die Position in der Sache in den Vordergrund, nicht die kirchliche oder sonstige institutionelle Anbindung der Beteiligten. Das macht die Rückbindung an die kirchlichen Träger nicht leichter, denn das spezifische theologisch-ethische Profil ist eines unter anderen. Es wird dadurch nicht aufgehoben, begibt sich aber in einen anderen Kontext als den der Kirchen. Dort herrschen Erwartungen, die nicht immer mit Sprachformen und Inhalten in den Kirchen vereinbar sind, besonders wenn sie sich in umstrittenen politischen Forderungen niederschlagen. Wird die Beteiligung kirchlicher Entwicklungswerke von außerhalb der

Kirche gewünscht, dann bleiben die Fragen virulent, wie die Werke sich mit ihren Trägern, den Kirchen, abstimmen und inwieweit sie in solchen

Bündnissen für „ihre“ Kirche zu sprechen befugt sind.

Da außerhalb der katholischen Weltkirche viele kirchliche Entwicklungsorganisationen an nationale Kirchen oder Kirchengremien angebunden und in der globalen Zivilgesellschaft nur bedingt präsent sind, haben sich Organisationsformen herausgebildet, die kirchliche Akteure aus dem Umkreis des Ökumenischen Rates der Kirchen (zu dem im Wesentlichen protestantische, orthodoxe und anglikanische Kirchen gehören) auf weltweitem Parkett zusammenführen: die ACT Alliance (ACT steht für Action by Churches Together). Ihr gehören über hundert Kirchen und kirchliche Werke aus Nord und

Süd an, die Entwicklungs-, Not- und Katastrophenhilfe leisten, gemeinsam die Mittel dafür beschaffen und untereinander aufteilen sowie Anwaltschafts- und Kampagnenarbeit leisten. Die Kampagnenorientierung in der Allianz ist vor allem eine Reaktion auf den Professionalisierungstrend in der globalen Zivilgesellschaft und soll die Kirchen darin positionieren. Auf europäischer Ebene haben sich neben dem Verbindungskomitee der Europäischen Entwicklungs-NGOs kirchliche Netzwerke gebildet wie CIDSE (Coopération Internationale pour le Développement et la Solidarité), in dem katholische NGOs in Europa und Nordamerika mitwirken, und APRODEV, die Association of World Council of Churches related Development Organisations in Europe.

#### | Verselbständigung entwicklungsbezogenen Handelns

Das alles heißt, der Teil der kirchlichen Entwicklungsarbeit, der einst aus den institutionalisierten Formen der ökumenischen Bewegung um den ÖRK entstand, ist aus dieser Ökumene faktisch ausgewandert – trotz aller Versuche, die Verbindung aufrecht zu erhalten. Die Verselbstständigung entwicklungsbezogenen Handelns hat für die beteiligten Kirchen das ökumenische Handeln in seiner Wirksamkeit geschwächt, zumal diese Verselbstständigung andere Gruppierungen wie Friedensdienste, Menschenrechts- und Umweltinitiativen mitgezogen hat. Wie trotz der Auswanderung der kirchlichen Entwicklungsarbeit in die ACT Alliance praktische Weltverantwortung im ÖRK neu Gestalt gewinnen kann, ist eine noch unbeantwortete Frage. Unbewusst fördert dieser „Entzug“ praktischer Weltverantwortung eine Klerikalisierung der betroffenen ökumenischen Institutionen.

Im Verhältnis zum Staat und seiner Förderpraxis lässt sich ebenfalls eine Verschiebung beobachten. Auf der einen Seite stehen hier die Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich im 1995 gegründeten Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) zusammengeschlossen haben, darunter die kirchlichen Entwicklungsdienste. Auf der anderen Seite vergibt der Staat Entwicklungshilfe direkt über Bun-

Foto: Diakonie Katastrophenhilfe



Einsatz der Diakonie Katastrophenhilfe – einem deutschen Mitglied der ACT Alliance – nach dem schweren Erdbeben auf Haiti.

*Angesichts der Komplexität globaler Probleme finden Stellungnahmen nur im Bündnis mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen Gehör.*

desunternehmen wie die GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) und InWEnt (Internationale Weiterbildung und Entwicklung). Beide sind da besonders aktiv, wo Organisationen der Zivilgesellschaft eher Zurückhaltung üben: im Bereich der Wirtschaft. Hier hat unter dem Begriff PPP (Private Public Partnership) die Zusammenarbeit der staatlichen Entwicklungsarbeit mit Privatunternehmen in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Neuerdings soll die Kooperation von Staat und Unternehmen noch weiter ausgebaut werden. Der Zielkonflikt zwischen der Förderung von Entwicklungs-NGOs einerseits und Wirtschaftsunternehmen andererseits wird bisher kaum thematisiert.

So gibt es im Dreieck Politik-Wirtschaft-Zivilgesellschaft ausgedehnte Kooperationsverhältnisse der Politik sowohl mit der Wirtschaft als auch mit Entwicklungs-NGOs, aber wenige zwischen diesen und Unternehmen. An vielen Orten der Welt arbeiten unterschiedliche Projektträger mit jeweils speziellen Partnern staatlich gefördert nebeneinander her, oft ohne voneinander zu wissen. Die Frage, ob auch Synergieeffekte zwischen ihren Projekten denkbar sind, ist bisher unbeantwortet geblieben. Selbst wenn die Gründe dafür in unvereinbaren Zielen der Projekte liegen, die sich aus dem Selbstverständnis der jeweiligen Träger ergeben, spielen sicher auch Kommunikationsbarrieren eine Rolle. Einen Runden Tisch zu ihrer Überwindung gibt es bisher nicht. Neben der Kampagnenfähigkeit im Rahmen von NGO-Bündnissen könnte man mindestens auch die Kooperationsfähigkeit von Unternehmen austesten, die sich über Selbstverpflichtungen ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung (Corporate Social Responsibility) nähern.

Foto: Christof Krackhardt / Brot für die Welt



Die Sonderstellung der kirchlichen Entwicklungsarbeit im Vergleich zu der anderer NGOs ergibt sich aus ihrer Rückbindung an die Kirchen. Sie ist in

Deutschland wesentlich von den beiden großen Kirchen geprägt, die Volkskirchen sind in dem Sinn, dass sie in sämtlichen sozialen Schichten Mitglieder haben und an ihrer öffentlichen Mitverantwortung festhalten. Im Vergleich zu NGOs ohne solche Rückbindung hat das dann Vorteile, wenn es gelingt, die Kirchen und ihre Entwicklungswerke vernetzt aufeinander zu beziehen. Netzwerke und Bündnisse in den Kirchen – von Gemeinden, Kirchenkreisen, Landeskirchen und Basisinitiativen – reichen weiter als bis zur nächsten Spendensammlung. Sie tragen die professionelle Arbeit der Werke ideell und ehrenamtlich mit und setzen das nach außen gerichtete Entwicklungsengagement auch nach innen, in die Kirchen, um. Der Anspruch der Volkskirchen auf öffentliche Mitverantwortung begründet das entwicklungspolitische Handeln und seine Organisationsformen.

Foto: Mondry / Misereor



Foto: Christoph Püschner / Brot für die Welt



Das katholische Netzwerk CIDSE (Coopération Internationale pour le Développement et la Solidarité) beim Weltsozialforum in Nairobi.



### | Verankerung bewusst gestalten

Dieser Zusammenhang von Innen- und Außenverhältnis ergibt sich nicht automatisch. Gerade in einer Phase, in der kirchliche Entwicklungsarbeit sich entsprechend den Anforderungen der globalen Zivilgesellschaft professionell reorganisiert, muss die Verankerung in den Kirchen bewusst gestaltet werden. Kirchliche Entwicklungsarbeit war immer auch politisch ausgerichtet. An ihrem Beginn stand jedoch ein ausgeprägter karitativ-diakonischer Impuls. Er ist im Kirchenvolk immer noch am stärksten präsent.

Der gemeinsame Lernprozess der großen kirchlichen Entwicklungsorganisationen im letzten Jahrzehnt hat über ihre Professiona-

Fairer Handel sorgt für eine Verankerung des Eine-Welt-Gedankens in Kirchengemeinden. Linkes Foto: Kaffee-Ernte der Oromia Coffee Union in Äthiopien. Rechtes Foto: Aktion zu fair gehandeltem Kaffee auf dem Evangelischen Kirchentag 2009.

lisierung zu deutlicherer politischer Stellungnahme geführt – in Anwaltschafts- und Kampagnenarbeit sowie in Vernetzung außerhalb kirchlicher Träger. Damit dies in den Volkskirchen akzeptiert wird, müssen insbesondere protestantische Entwicklungsorganisationen sich verstärkt ihrer Rückbindung an die eigene Trägerschaft versichern – viel stärker als andere NGOs, die ohne Anbindung an Großorganisationen arbeiten. Ulrich Willems hat die These aufgestellt, dass ihre heterogene Mitgliedschaft den Kirchen zwar eine hohe Thematisierungsmacht ermöglicht, aber nur eine schwache Durchsetzungsmacht, denn ihre Konfliktfähigkeit ist beschränkt. Das regt zum Nachdenken darüber an, wie sich politisierende, kampagnenfähige Entwicklungsdienste und wenig konfliktfähige Volkskirchen im produktiven Dialog miteinander in Verbindung gehalten werden können.

### | Zusammenarbeit auf Augenhöhe?

Wie es aussieht, werden die Spannungen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in den nächsten Jahren eher zu- als abnehmen. Dem Ziel der Armutsbekämpfung steht infolge des Finanz- und Wirtschaftsdeusters in der Realität Armutsproduktion gegenüber. Das Verhältnis von ziviler Konfliktbearbeitung und militärischer Intervention ist zwischen NGOs und staatlicher Politik weiterhin brisant und ungeklärt. Die Diskussion um den Klimawandel provoziert die Frage nach globaler Klimagerechtigkeit. Auseinandersetzungen auf diesen Politikfeldern werden die Entwicklungsarbeit insgesamt und damit auch die kirchliche im Bereich Anwaltschaft und Kampagnen bestimmen.

Kampagnen gewinnen an Glaubwürdigkeit, wenn sie durch nachhaltige Entwicklungsprojekte vor Ort gestützt sind. Die Projektarbeit in den Ländern und Regionen bildet noch immer das Rückgrat der kirchlichen Entwicklungsarbeit. Besonders hier greifen in der Arbeit der Werke kirchlicher Auftrag, staatliche Förderung und zivilgesellschaftli-

ches Engagement nicht stimmig ineinander. Die Übereinstimmung zwischen entwicklungspolitischer Positionierung und Projektpraxis entscheidet jedoch darüber, ob das Profil insgesamt überzeugt. In der Wechselwirkung zwischen beiden liegt eine Gestaltungsaufgabe, die nach innen weist und nach außen wirkt.

So hat sich im Nord-Süd-Verhältnis die traditionelle Geber-Nehmer-Beziehung im Projektbereich strukturell noch längst nicht zu einer kooperativen Entwicklungspartner-schaft und Zusammenarbeit auf Augenhöhe verändert. Das Drängen auf partizipative Entscheidungsprozesse und die Notwendigkeit zu politischer Positionierung werden auch die Entwicklungspraxis vor Ort beeinflussen. Vernetzungen im Rahmen von Kampagnen im Großen werden auch die Kooperation verschiedener Träger bei der Projektentwicklung im Kleinen zur Folge haben müssen.

Dabei geht es nicht nur um das Verhältnis kirchlicher Partner untereinander, sondern um Abstimmungsprozesse mit anderen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Organisationen – regional, für einzelne Länder und sogar lokal. Die jeweiligen Partner müssten in ihren Ländern und Regionen Vernetzungsprozesse analog zu denen herausbilden, die die Entwicklungsorganisationen untereinander praktizieren. Der entwicklungspolitische Diskurs würde damit die Projektpraxis erreichen. Dies zu denken und zu praktizieren, es zwischen kirchlichem Profil, staatlicher Förderung und zivilgesellschaftlicher Kooperation zur Wirkung zu bringen und dabei – wo möglich – auch noch Beteiligte aus der Privatwirtschaft einzubeziehen, könnte sich als die konzeptionell anspruchsvollste Forderung an die kirchliche Entwicklungsarbeit erweisen. ||



**Fritz Erich Anhelm**  
war bis Ende 2009 Direktor der Evangelischen Akademie Loccum.

## Interview

## „Partnerschaft braucht ein gemeinsames Grundverständnis“

Sushant Agrawal, Direktor von CASA (Church's Auxiliary for Social Action), über die Zusammenarbeit mit ausländischen Gebern

Wo und in welchen Bereichen ist CASA tätig?

CASA ist in 24 der 30 indischen Bundesstaaten vertreten. Angefangen haben wir als Nothilfeorganisation, dann aber schrittweise unsere Schwerpunkte verlagert. Jetzt legen wir das Hauptgewicht unserer Arbeit auf die Rechte und Ansprüche der Menschen, um sie zur Mitsprache bei politischen Entscheidungen zu befähigen. Zudem gehen wir das Problem der strukturellen Armut mit einem auf Rechten gründenden Ansatz an. Dabei arbeiten wir zum einen direkt mit Gemeinschaften in fast 3800 Dörfern zusammen. Zum anderen stellen uns aber auch Geber wie der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) und „Brot für die Welt“ Mittel zur Verfügung, um andere NGOs hier in Indien zu unterstützen. Wir haben Beziehungen zu fast 250 Partnern. Wir qualifizieren sie für Entwicklungsarbeit, übernehmen die Ergebnisprüfung ihrer Projekte, nehmen ihre Berichte entgegen, stellen sie fertig und reichen sie dann an die Geber weiter.

CASA wird von ungefähr 15 internationalen Partnern unterstützt. Sind sie alle kirchlich ausgerichtet?

Gegründet wurden wir von den protestantischen und orthodoxen Kirchen Indiens als eine Organisation für Katastrophenhilfe, Entwicklung und Anwaltschaftsarbeit. In den vergangenen 40 Jahren haben uns protestantische Kirchen aus der ganzen Welt unterstützt.

Sind alle Ihre Partner aus dem Ausland oder stellen Ihnen auch nationale Partner Mittel zur Verfügung?

Das meiste Geld kommt aus dem Ausland. Aber manchmal werden wir auch von der indischen Regierung finanziell gefördert, um einige Programme umzusetzen. Auch von unsern Mitgliedskirchen erhalten wir etwas Geld, aber die Beträge sind sehr gering.

Wie hat sich der Ansatz Ihrer Entwicklungsarbeit über die Jahre hinweg verändert?

In den 1980er Jahren verfolgten wir den Grundbedürfnisansatz – zum Beispiel das Bohren von Trinkwasserbrunnen oder Berufsausbildung. Damals fragten wir



Sushant Agrawal leitet das Hilfswerk protestantischer Kirchen in Indien, CASA. Die Organisation mit Hauptsitz in Neu-Delhi hat langjährige Verbindungen zu zahlreichen internationalen Partnern, darunter der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) und „Brot für die Welt“.

nicht, warum es kein Trinkwasser oder keine Beschäftigungsmöglichkeiten gibt. In den 1990er Jahren stellten wir fest, dass Indien weithin zu einem Teil der globalisierten Ökonomie geworden war und lokale Probleme nicht mehr als lokale Probleme bezeichnet werden können. Die Bauern konnten nicht mehr länger selbst entscheiden, was sie anbauen wollten, weil sie jetzt für Großkonzerne produzierten. Sie stiegen von Grundnahrungsmitteln auf den Anbau von Marktfrüchten um. Dafür mussten sie Kredite bei Verleihern aufnehmen. Und sobald sie Bargeld in der Hand hatten, mussten sie 80 Prozent davon zurückgeben, sodass ihnen bloß 20 Prozent blieben. Wir begriffen, dass es darauf ankommt, Volksbewegungen aufzubauen, damit die Bauern

ihre eigenen Entscheidungen treffen und die Politik beeinflussen können.

Ende der 1990er Jahre erkannten wir schließlich, dass die Ursachen der Armut nicht nur global geworden sind, sondern auch in den Strukturen wurzeln. 1989 hat die indische Regierung damit begonnen, die Volkswirtschaft in eine stärker vom Markt bestimmte Ökonomie zu verändern. Man ging davon aus, dass die Märkte und die Volkswirtschaften wachsen werden. Heute bezeichnen wir China und Indien als die am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften. Aber diese Art der Ökonomie ist nicht inklusiv. Unter dem Kastensystem ist in Indien die Ausgrenzung stark ausgeprägt. Für uns ist Ausgrenzung – in Bezug auf Religion, Kaste oder Geschlecht – keineswegs etwas, das wir akzeptieren können. Deshalb haben wir uns einem auf Rechte gründenden Ansatz zugewandt.

Haben Ihre internationalen Partner diese Schwerpunktverschiebungen beeinflusst?

Unser grundlegendes Lernen geht auf die Gemeinschaften der Armen zurück. Wenn wir uns nicht bemühen, von ihrem Kampf zu lernen, können wir nicht wirklich helfen. Deshalb ist das die erste Stufe des Lernens für uns. Die nächste Lernstufe sind die weiteren Beteiligten, wie die Kirchen und NGOs hier in Indien. Die dritte Ebene schließlich sind die internationalen Partner. Wenn wir die Ausrichtung unserer Arbeit verändern, haben wir zuvor alle Interessengruppen konsultiert. Wir verfügen über das Instrument des Runden Tisches: Unsere 14, 15 Geber kommen alle zwei Jahre zusammen. An einem Runden Tisch diskutieren wir mit ihnen, was wir machen, einschließlich der Setzung neuer Schwerpunkte. In unserer Organisation erarbeiten wir gemeinsam mit den indischen Interessengruppen eine Analyse, die wir dann beim Runden Tisch vortragen. Wir hatten gerade ein solches Treffen hier in Indien.



CASA startete als Nothilfeorganisation. Das ist immer noch einer ihrer Aufgabenbereiche: Hier leistet sie Hilfe für Opfer einer Überschwemmung 2008 in Bihar.

Unsere Perspektive für die kommenden 10 Jahre steht unter dem Motto „Verhandeln“. Denn es ist an der Zeit, mit Vertretern des großen Marktes, der großen sozial-ökonomischen und politischen Systeme zu verhandeln, damit sie inklusive Programme umsetzen, die den Menschen wirklich zugute kommen. Es ist ein Schritt über reine Anwaltschaftsarbeit hinaus.

Was bedeutet die neue Perspektive konkret?

Wir haben etwa über den Klimagipfel in Kopenhagen gesprochen. Dort stand im Mittelpunkt die Frage: Wer darf mehr und wer muss weniger CO<sub>2</sub> emittieren? Dieser gesamte Komplex wird meist unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht unter dem Aspekt der Gerechtigkeit oder der Menschenrechte diskutiert. Nach meiner Auffassung geht es – ob wir nun Industrieländer, Entwicklungsländer oder aufstrebende Volkswirtschaften sind – im Grunde darum, dass wir unseren Lebensstil ändern müssen. Und das macht Verhandlungen notwendig.

Kommt es vor, dass die Vorstellungen Ihrer internationalen Geber von den Ihren abweichen?

Partnerschaft muss sich auf ein gemeinsames Grundverständnis stützen und eine gleichberechtigte Beziehung sein. CASA teilt die Liebe Gottes mit dem Volk.

Das ist das Grundverständnis unserer Arbeit. Für globale Partnerbeziehungen – wie die zwischen CASA und den Gebern – ist das Wichtigste: Stimmen wir in dieser Grundauffassung miteinander überein? Ist das gegeben, entscheiden wir darüber, welche Rolle CASA spielen soll und welche die Geber übernehmen müssen. Die Geberorganisationen mögen über Mittel verfügen, aber sie können die Programme nicht so wirksam wie lokale Organisationen umsetzen. Aber wenn wir die notwendigen Mittel nicht erhalten und nicht das Verständnis dieser Geber finden, können wir auch nichts bewerkstelligen. Deshalb lasst uns – und zwar

*„Die Geber können Programme nicht so wirksam wie lokale Organisationen umsetzen.“*

Foto: CASA



mit unterschiedlichen Rollen – zusammenarbeiten. Es ist an der Zeit für eine globale Anwaltschaft. Aber wir können sie nicht hier von Indien aus praktizieren. Folglich muss diese Rolle von den Geberorganisationen übernommen werden.

Was geschieht, wenn Ihre Geber mit Ihnen nicht gleicher Meinung sind?

Unterschiedliche Auffassungen können für mich eine sehr positive Erfahrung sein. Wenn unterschiedliche Sichtweisen bestehen, ist

es wichtig, sie offen und in transparenter Weise auf den Tisch zu legen und zu diskutieren: Was ist zu tun? Wir sind Sachwalter einer Kirche. Die wichtigsten Aspekte von Sachwaltung sind Rechenschaftspflicht, Transparenz und

Verantwortlichkeit. Folglich versuchen wir in unseren Beziehungen darauf zu achten, dass wir gemeinsam rechenschaftspflichtig, transparent und verantwortlich sind.

In Deutschland hegt man manchmal den Verdacht, dass die Beziehungen zu den SüdingOs keine echte Partnerschaft darstellen, weil die eine Seite über das Geld verfügt und Geld Macht bedeutet.

Ich verstehe Ihren Einwand. Aber lassen Sie mich ein Beispiel anführen – ich werde den Geber nicht nennen: Nach dem Tsunami von 2004 wurden mir fünf Millionen Euro angeboten, um ein bestimmtes Projekt zu übernehmen. Aber es war an viele Bedingungen geknüpft. So wollten die Finanziere einen ausländischen Experten bei CASA einsetzen, um die ganze Sache zu überwachen. So etwas akzeptiere ich nicht, weil es bedeutet, dass ein Gefühl von Misstrauen und Zweifel besteht. Das lehne ich ab und habe daher auf die fünf Millionen verzich-

Foto: CASA



Foto oben: Runder Tisch im März dieses Jahres. Alle zwei Jahre trifft sich CASA mit den rund 15 Gebern, um die vergangene und künftige Arbeit zu diskutieren.

Foto unten: Nach dem Tsunami 2004 half CASA den Fischern mit Booten. Finanzielle Unterstützung kam aus Deutschland.

Foto: Jörg Böthling / Brot für die Welt



tet. Zudem wird sich echte Partnerschaft beständig ändern müssen.

Bei unserem letzten Runden Tisch hatten wir eine spezielle Sitzung zu Partnerschaft. In den siebziger und achtziger Jahren hieß es: Ihr seid Empfänger, wir Geber. Aber das hat sich geändert, seitdem wir den Mechanismus des Runden Tisches geschaffen haben, bei dem wir zusammensitzen, um alle offenen Fragen gemeinsam zu diskutieren. Ich bettle bei niemanden. Ich möchte vielmehr, dass wir als Glieder der globalen Kirche die Verantwortung für eine Arbeit, die den Armen zugute kommt, teilen.

Finden sich die Beziehungen zu den Gebern noch immer in einem Prozess der Veränderung?

Stellen Sie sich vor, Sie müssen Ihre gesamte Strategie ändern. Dann kann sich nicht nur für CASA etwas ändern, sondern das muss genauso auf der Seite der Geberorganisationen geschehen. Deshalb ist es sehr wichtig, dass wir alle zehn Jahre überprüfen, ob die Partnerschaft gut funktioniert oder verändert werden muss. Beispielsweise ist heute nicht mehr so viel Kirchengeld verfügbar wie früher, stattdessen kommen mehr und mehr Mittel von „Backdonors“ – etwa der deutschen Regierung, die dem EED Geld gibt. Wenn unsere Partner mit ihren

*„In den siebziger und achtziger Jahren hieß es: Ihr seid Empfänger, wir Geber. Aber das hat sich geändert, seitdem wir den Mechanismus des Runden Tisches geschaffen haben.“*

Finanziers verhandeln, müssen sie verstehen, was diese Finanziers verlangen. Und sie müssen uns diese Erfordernisse vermitteln.

Welche neuen administrativen Erfordernisse muss CASA erfüllen?

Vor zwei Jahren hatten wir nicht einmal eine EDV-gestützte Buchhaltung. Jetzt verlangen einige der „Backdonors“ von uns, dass wir monatliche Berichte erstellen. Sie wollen sie immer am 2. jedes Monats erhalten. Wenn man in 24 Bundesstaaten tätig ist, lässt sich vorstellen, wie schwierig es ist, die Zahlen fristgerecht vorzulegen. Uns wird von den Gebern gesagt, dass wir dafür ein neues Buchhaltungssystem verwenden sollten. Und sie unterstützen uns bei dieser Umstellung, so dass wir bloß noch zwei Tage brauchen, um die geforderten Berichte zu erstellen. Bisher haben wir uns nicht unmittelbar an die „Backdonors“ gewandt. Wir überlassen es unseren Gebern, mit ihnen in Kontakt zu treten und ihnen unsere Bedingungen vor Ort deutlich zu machen.

Glauben Sie, dass die Geber die Partnerschaft noch weiter verbessern könnten?

Ich begrüße die Bereitschaft der Geberorganisationen, die Beziehung zu uns zu verändern, sehr. Da die Probleme ihrem Wesen nach immer globaler werden, gehe ich davon aus, dass wir uns stärker zusammenschließen und Verantwortung teilen müssen. Aber es ist auch ein klares Verständnis nötig, welche Rolle CASA spielen muss und welche die Geber übernehmen müssen. Wenn ich zurückblicke, so war vor 25 Jahren die Beziehung mit den Gebern ganz anders. Insbesondere innerhalb der vergangenen zehn Jahre haben sich die Dinge zum Besseren verändert. Ich bin sehr optimistisch, dass sie in Zukunft noch besser werden. | |

Das Gespräch führte **Anja Ruf**, Übersetzung aus dem Englischen: **Karl Otterbein**.



# Die Verhandlungsmacht der Armen stärken

## Anwaltschaftsarbeit: das Beispiel Rohstoffe

| Norbert Glaser

**Parallel zur traditionellen Projektarbeit unterstützen die Kirchen Menschen in Ländern des Südens darin, ihre Interessen öffentlich zu artikulieren und Einfluss auf ihre Regierungen zu nehmen. Und auch Einflussnahme auf Regierungen und Wirtschaft im Norden gehören zur Anwaltschaftsarbeit. Hier wie dort geht es um Gerechtigkeit – zum Beispiel beim Abbau von Rohstoffen.**

Der Nationalpark Yasuní in Ecuador soll auf einem Hektar mehr Baumarten aufweisen als ganz Nordamerika. Doch nicht nur deshalb ist das fast 10.000 Quadratkilometer große Gebiet etwas Besonderes. Das Territorium ist Rückzugsgebiet verschiedener Ethnien. Sollten die dortigen Ölvorkommen erschlossen werden, wären sie zum Untergang verurteilt. Ursprünglich wollte die Regierung des lateinamerikanischen Landes zugunsten von Natur, indigener Bevölkerung und Klima auf die Ausbeutung des Feldes – geschätzte 930 Millionen Barrel Erdöl – verzichten, wenn sie von der internationalen Gemeinschaft finanziell entschädigt wird. Kirchliche Hilfswerke wie der Evangelische Entwicklungsdienst EED hatten die Initiative unterstützt. Mittlerweile deutet manches darauf hin, dass die Regierung einen Rückzieher machen könnte.

Die christlichen Kirchen und ihre Organisationen verstehen sich traditionell als Anwälte der Schwachen. Ihr Engagement rückt die Würde des Menschen in den Mittelpunkt. Die wachsende Bedeutung ihrer Anwaltschafts- und Kampagnenarbeit zeigt, dass die Hilfswerke nicht länger nur punktuell die Lebensverhältnisse in den Entwicklungsländern verbessern wollen. Sie möchten ungerechte Strukturen verändern.

So hat die Natur viele Entwicklungsländer reich mit Bodenschätzen ausgestattet. Doch das Sagen haben bei deren Ausbeutung meist Konzerne aus den alten und neuen Industrieländern. Die Bedürfnisse der Menschen vor

Ort bleiben außen vor. Und nicht nur das. „Wir sind zutiefst besorgt, dass dort, wo Bodenschätze und andere natürliche Ressourcen wie Erdöl, Erdgas und Holz ausgebeutet werden, die Armut wächst. Wir beobachten Gewaltkonflikte, Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörung und wachsende Korruption“, erklärt das internationale katholische Netzwerk *Coopération Internationale pour le Développement et la Solidarité (CIDSE)* beim Weltsozialgipfel in Nairobi 2007. Parallel zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen im Süden sollen – nicht zuletzt auf Wunsch vieler Südpartner – die dortigen Pro-

bleme und die dort von den Hilfswerken und ihren Partnern geleistete Arbeit in den Norden zurückgespiegelt werden, sagt Birte Gäth von „Brot für die Welt“. „Es geht auch darum, deutlich zu machen: Was haben die Probleme dort mit unserer Lebensweise zu tun?“

Beispiel Tschad: Das Land liegt über einem riesigen Erdölfeld. Reich ist es jedoch nicht, ganz im Gegenteil. Dabei sollten ökologische und menschenrechtliche Aspekte vom Start weg bei der Erdölförderung beachtet und die Bevölkerung miteinbezogen werden. Zumindest bekundeten das internationale Geldgeber wie die Weltbank. Nach sechs Jahren Ölförderung ist das Ergebnis ernüchternd. „Was wir befürchtet haben, ist eingetreten“, sagt Martin Petry, der das Erdölprojekt Tschad-Kamerun viele Jahre für „Brot für die Welt“ be-

Foto: Martin Petry / Brot für die Welt



**Erdölförderung im Tschad. Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes hat die dortige Bevölkerung ärmer gemacht. Die Menschen haben aber gelernt, ihre Interessen zu artikulieren.**



Foto: Martin Petry / Brot für die Welt

gleitet hat. „Bis 2005 sah es noch so aus, als würde sich die Ölförderung anders als in Nigeria entwickeln. So ist zum Beispiel viel Geld in die Fördergebiete geflossen. Aber ein Großteil wurde nicht sinnvoll investiert, sondern für Prestigeprojekte wie Stadien ausgegeben.“ Heute sei die traditionelle Ökonomie zerstört, die soziale Struktur schwer geschädigt. HIV/Aids breiteten sich aus. Das Essen für die ausländischen Facharbeiter werde aus Frankreich herbeigeschafft und die jungen Leute drängen in die wenigen Jobs, die die neue Industrie bietet. In der Landwirtschaft wolle niemand mehr arbeiten.

Trotzdem, findet Petry, habe sich der Einsatz gelohnt. Nicht nur sei es den NGOs im Ringen mit dem von Esso geführten Öl-Konsortium gelungen, substantielle Verbesserungen für die Bevölkerung zu erreichen (etwa Entschädigungen), vor allem politisch habe sich das Land verändert. „Unsere Partner haben gelernt, mit ihren Regierungen umzugehen. Sie wissen heute, wo sie national oder international den Hebel ansetzen müssen, um etwas in Bewegung zu setzen. Dafür haben sich das Geld und das Engagement gelohnt.“

### | Betroffene fordern Achtung der Menschenrechte

Nie aber dürfe man sich so eine Arbeit als lineare Entwicklung denken, wo Dinge aufeinander aufbauen und es stetig aufwärts gehe. Dafür seien die Verhältnisse zu komplex. Es gelte, am Ball zu bleiben, Vertrauen zu schaffen, Beziehungen aufzubauen, die Verhandlungsmacht der Betroffenen zu stärken. Niemand weiß am Anfang, was am Ende stehen wird. Mitunter sorgt erst eine internationale Kampagne für eine breite politische Öffentlichkeit und den nötigen Rückenwind – hier und dort.

Doch auch das gelingt nicht immer. So waren die Kirchen mit ihrem Engagement für die Entschuldung der armen Länder oder einem Gütezeichen für Teppiche ohne Kinderarbeit sehr erfolgreich. Bei Rohstoffen stehen solche Erfolge noch aus. Hier konzentriert sich die Arbeit oft darauf, die Interessen der Südpart-

Ein paar Bröckchen Coltan. Im Boden des kriegsgeschüttelten Kongo lagern große Mengen von Metallen wie Kupfer, Zink, Kadmium, Kobalt, vor allem aber Coltan. Dieses Erz ist für die Produktion moderner Handys unabdingbar.



Foto: Christoph Püschner / Brot für die Welt

ner anwaltschaftlich zu vertreten. Ohne sie hätte manche Gruppe nie Zugang zu ihrer Regierung, internationalen Banken, der Öffentlichkeit oder den Chefetagen großer Konzerne gefunden. Solches Engagement nimmt häufig die Form von Roundtable-Gesprächen an, bei denen alle Interessengruppen an einen Tisch gebracht werden. So hat der Misereor-Partner Centre for Social and Corporate Responsibility (CSCR) in Nigeria es letztlich erst aufgrund des Engagements christlicher Aktionsgruppen in den USA und Europa geschafft, Shell und Chevron an einen Verhandlungstisch mit betroffenen Gemeinden im Niger-Delta zu bekommen.

Effektive Hilfe ohne begleitende Lobby-, Advocacy- und Menschenrechtsarbeit ist für die kirchlichen Hilfswerke oft nicht mehr denkbar. Die häufig grenzüberschreitenden Aktivitäten setzen den intensiven Dialog mit den Partnern voraus. Beim EED ist das Referat „Entwicklungspolitischer Dialog“ für die Lobby- und Advocacy-Arbeit zuständig. „Brot für die Welt“ hat eine eigene Abteilung „Politik und Kampagnen“ eingerichtet.

„Wir geben zivilgesellschaftlichen Initiativen aus dem Süden eine Stimme und helfen ihnen, individuelle und kollektive Gestaltungskompetenz zu entwickeln. Mit unserer Advocacy- und Kampagnenarbeit nehmen wir aber auch Einfluss auf Prozesse und Entscheidungen im Norden, die sich negativ auf die Armen und Benachteiligten in anderen Teilen der Welt auswirken. Diese Aufgabe ist durch

Foto: Thomas Lohnes / Brot für die Welt



die Globalisierung immer wichtiger geworden. Wir wollen unsere entwicklungspolitische Arbeit auch zurückspeiegeln und so dazu beitragen, einen Prozess des Umdenkens in unserer eigenen Gesellschaft anzustoßen“, umreißt Gäh ihr Verständnis.

In mehr als 50 Entwicklungsländern werden Rohstoffe in bedeutendem Umfang gefördert: fossile Brennstoffe, aber auch metallische und nicht-metallische Ressourcen, die für „Zukunftstechnologien“ (Medizin- und Lasertechnik, Fotovoltaik, Akkus, Mobiltelefone und ähnliches) benötigt werden wie Gallium, Indium, Germanium, Neodym, Platin, Tantal, Kobalt. Angesichts ihres Rohstoffreichtums hätten viele Länder das Potenzial, die Armut im eigenen Land zu bekämpfen und die Rechte ihrer Bevölkerung auf Nahrung, Gesundheit, menschenwürdiges Wohnen, Arbeit, Bildung zu verwirklichen. Die Realität sieht anders aus. Häufig nehmen Armut, staatlicher Zerfall, Gewalt und Korruption mit der Rohstoffgewinnung sogar zu. Landrechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften werden vielfach ignoriert.

Während in den Camps der transnationalen Konzerne westeuropäische Lebensbedingungen herrschen, leben die Menschen draußen weiter ohne Strom, sauberes Trinkwasser, Krankenhäuser und Schulen. Doch immer öfter fordern die Betroffenen von ihren Regierungen, international eingegangene Ver-





**Bau einer Pipeline in Papua-Neuguinea, um Kobold und Nickel aus einem Bergwerk über 60 Kilometer nach Madang zum Hafen zu transportieren. Auf die Umwelt wird keine Rücksicht genommen.**

dass ein Unternehmen gigantische Gewinne einfährt und direkt daneben die Menschen an den Abgasen dieser Firma krepieren?“ In Peru sind gegenwärtig etwa 250 Minen in Betrieb. „Trotz des enormen mineralischen Reichtums leben 54 Prozent der insgesamt 26 Millionen Einwohner in Armut“, sagt Friess.

Deutschland sieht Friess in der Mitverantwortung. In der Rohstoffversorgung für die chemische und die Metall verarbeitende Industrie sowie bei der Energiegewinnung ist Deutschland zu mehr als 90 Prozent von Importen abhängig. Oft dominieren einzelne Lieferländer. 40 Prozent der deutschen Kupferimporte kommen aus Chile, 77 Prozent der Bauxitimporte aus Guinea, Eisen liefert zu 55 Prozent Brasilien, Chrom vor allem Südafrika. Über deutsche Banken sowie nationale und internationale Finanzinstitute ist Deutschland auch an der Finanzierung des Bergbaus beteiligt. „Wer in solchem Umfang Rohstoffe im Ausland einkauft und handelt, sollte Sorge dafür tragen, dass diese unter akzeptablen Bedingungen gewonnen werden“, sagt Elisabeth Strohscheidt, die Menschenrechtsreferentin von Misereor. Vielerorts wehrt sich die Bevölkerung gegen Bergbauprojekte. Misereor unterstützt über ein peruanisches NRO-Netzwerk und kirchliche Institutionen die Information der Bevölkerung. Umfassende Aufklärung soll die bäuerlichen Gemeinschaften in die Lage versetzen, sich über mögliche Auswirkungen auf ihr Leben ein Bild zu machen und ihre Forderungen öffentlich zu artikulieren.

Doch jedes Engagement birgt die Gefahr, selbst ins Fadenkreuz zu geraten, erläutert Strohscheidt. Die Bundesregierung müsse sich deshalb dafür einsetzen, dass Menschenrechtler geschützt, zivilgesellschaftliche Organisationen in den Herkunftsländern deutscher Importe gestärkt und deutsche und europäische Unternehmen, die an Menschenrechtsverletzungen im Gastland beteiligt waren oder sind, diese dulden oder von ihnen profitieren, auch in Deutschland und Europa gerichtlich verfolgt werden können.

In Peru ist die Zahl der Umweltkonflikte im Zusammenhang mit Projekten des Rohstoff-Abbaus unter Präsident Alan Garcia dramatisch gestiegen. Die Regierung begegnet dem Widerstand der Bevölkerung mit Repression. Immer wieder sterben Menschen. Was in Peru passiert, wiederholt sich auf den Philippinen, in der Republik Kongo, dem Tschad und vielen anderen Ländern. „Wo lokale Gemeinschaften, indigene Völker, einzelne Personen oder Organisationen der Zivilgesellschaft gegen die Verletzung ihrer Rechte durch Großprojekte protestieren und sich für die Achtung, den Schutz und die Gewährleistung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte einsetzen, werden sie oft in ihren bürgerlichen und politischen Rechten verletzt“, sagt Strohscheidt. „Schon deshalb ist es uns wichtig, immer wieder auf die Unteilbarkeit und die Interdependenz aller Menschenrechte hinzuweisen. Ohne deren Achtung, Schutz und Gewährleistung ist Entwicklung nicht möglich. Und umgekehrt dient eine Entwicklung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, der Verwirklichung der Menschenrechte.“

Häufig verleiht die Einbindung in internationale Netzwerke den Aktiven einen gewissen Schutz. Brice Mackosso und Christian Mounzeo drohte ihr Engagement gegen Korruption und für eine gerechte Verteilung der Erdöleinnahmen in der Republik Kongo zum Verhängnis zu werden. Mackosso, Sekretär von „Justitia et Pax“, und Mounzeo, Präsident von „Rencontre pour la Paix et les Droits de l'Homme“, setzen sich aktiv für die Ziele der „Publish What You Pay“-Kampagne ein. Wegen ihrer Hartnäckigkeit wurden sie vor Gericht gestellt und zu einer Geld- bzw. Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. Strohscheidt: „Ohne den Einsatz von amnesty international und Misereor wären beide vermutlich zu einer hohen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt worden.“ |



**Norbert Glaser**  
ist freier Journalist in  
Frankfurt/Main.

pflichtungen zur Achtung der Menschenrechte auch zu erfüllen. Dabei können sie auf Unterstützung durch internationale Kampagnen wie „Publish What You Pay“ hoffen. Die Arbeit der Kampagne, an der Misereor und „Brot für die Welt“ mitwirken, zielt darauf, die Finanztransfers zwischen Privatunternehmen und Regierungen transparent zu machen. Die Konzerne sollen veröffentlichen, was sie in Form von Steuern, Gebühren und Abgaben an die Regierungen der Länder zahlen, in denen sie Rohstoffe abbauen, und die Regierungen, welche Zahlungen sie erhalten. Denn der Mangel an Transparenz führt zu Korruption, Unterschlagung und Steuerhinterziehung, ohne dass sich die Lebensverhältnisse der Betroffenen verbessern.

### Abwässer und Abgase sind belastet

In Peru wurde seit Anfang der 1990er Jahre der Abbau metallischer Rohstoffe enorm ausgebaut. Ein besonders drastisches Beispiel ist La Oroya. Die Stadt gilt als Bergbau-Zentrum von Peru. Dessen technisch veraltete Hütten produzieren jährlich tonnenweise Blei, Zink und Kupfer. Abwässer und Abgase sind mit Schwefel, Blei, Arsen und Kadmium belastet. Bei einer Studie der Universität St. Louis (Missouri, USA) hatten sieben von zehn Kindern 20 bis 40 Mikrogramm Blei pro Deziliter im Blut. Asthma und Bronchialerkrankungen sind weit verbreitet, ebenso Nierenleiden. Die Stadt gehört zu den zehn am stärksten verschmutzten Orten der Welt. Susanne Friess, die Bergbau-Expertin von Misereor, wird wütend, wenn sie daran denkt: „Wie kann es sein,



Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 5-2010 von welt-sichten.

Konzept und Redaktion: Barbara Riek (EED), Klaus Seitz (Brot für die Welt), Barbara Wiegard (Misereor), Anja Ruf (im Auftrag von welt-sichten)

Gestaltung: Silke Jarick, Angelika Fritsch

Verantwortlich i.S.d.P.: Rudolf Ficker (EED), Michael Kleine (Misereor)

www.eed.de  
www.brot-fuer-die-welt.de  
www.misereor.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

Redaktion „welt-sichten“  
Postfach 50 05 50  
D-60394 Frankfurt/Main  
www.welt-sichten.org

# Gemeinsam an der Seite der Armen.



Wir, die evangelischen und katholischen Werke der Entwicklungszusammenarbeit, setzen uns gemeinsam für ein großes Ziel ein: Mehr Gerechtigkeit! Dafür tun wir viele Dinge im Kleinen. Z. B. geben wir in Peru der indigenen Bevölkerung in Cuatro Lagunas und Cusco die nötige Unterstützung. So können sie selbst ihre Interessen öffentlich artikulieren, Einfluss auf ihre Regierungen nehmen und sich für die Achtung ihrer Rechte einsetzen. Überall auf der

Welt kämpfen wir für die sichere Ernährung der Armen und den nachhaltigen Schutz von Umwelt und Ressourcen: im Süden durch unsere Projekte und im Norden durch genauso wichtige Lobby- und Kampagnenarbeit.

**Wir freuen uns auf Ihren Besuch an unseren Ständen A14, B06 und D05 in der Messehalle B6 (Agora) beim Ökumenischen Kirchentag.**